

Kampfbund - intern

Texte 1972

7 Texte, 37 Seiten

Nr.	Titel	1972	Seiten
1	ul [Paul] - Plattformentwurf zur Erziehungsfrage	25.1.	7
2	Günter: Erklärung Gü zur Frage des „Bremsens“	16.10.	2
3	Günter: Erklärung zur Nickfrage	19.10.	3
4	Paul: Stellungnahme Pauls zu Güs „Erklärung zur Nickfrage“ vom 19.10.72	16.11.	5
5	Robert: Zur Frage des Verbürgerlichungsprozesses in den entarteten und verkleinbürgerlichten Verratsparteien SP und KP!	14.12.	14
6	Robert: Zum „Ortstafelstreit“ in Kärnten!	20.12.	4
7	Die Entwicklung unserer Org. in den letzten 20 Jahren	[1972]	2
			37

Noch eine Bemerkung zum Verständnis der Texte: Schon das Jahr 1972 war zunehmend von internen Spannungen im Kampfbund geprägt. Ein Ausdruck davon mit die *Nickfrage*. Sie war ein Pseudonym für den Kontakt mit jener Gruppe, die sich später *Gruppe Internationale* (GI) nannte. Aus jenem Organisationsteil, der den Kontakt zur Gruppe Internationale aufrecht hielt, der also die *Nickfrage* positiv beantwortete, sollte sich dann 1976 die *Internationale Kommunistische Liga*, IKL, entwickeln. Bis zur Spaltung im Sommer 1973 blieb die Nickfrage, als letztlich die Öffnung des *Kampfbundes* nach außen, fester Bestandteil der organisationsinternen Differenzen.

Wir danken dem Frey-Archiv für die Zusammenarbeit und die Möglichkeit, die nachfolgenden Dokumente auf unsere Webseite stellen zu können.

Manfred Scharinger, 19.9.2026

Erziehung ist nicht Selbstzweck. Erziehung ist eine gesellschaftliche Tätigkeit, die zu einem bestimmten Zweck ausgeübt wird. Sie dient dem Erzieher bzw. den Erziehern oder seinen bzw. ihren Auftraggebern dazu, mithilfe der Erzogenen ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Dieses Ziel kann durchaus auch darin bestehen, die Erzogenen daran zu hindern, einen den Leitern der Erziehung ungünstigen, verwerflichen Weg einzuschlagen. Wenn es sich so verhält, so setzt das einen Interessenskonflikt zwischen den Erzogenen und den Erziehern, bzw. denjenigen, in deren Auftrag die Erziehung durchgeführt wird, voraus.

Der alles beherrschende Interessenskonflikt der heutigen Gesellschaft ist der Widerspruch zwischen den Klasseninteressen der im Weltmaßstab herrschenden Klasse, der Bourgeoisie und den Klasseninteressen der unterdrückten Klassen, der Arbeiterklasse und der Klasse der ökonomischen Kleinbürger und armen Bauern. Wir sehen heute ~~aufwärts~~ in vielen Teilen der Welt einen Bildungstiefstand der unterdrückten Massen, der sich nur in geringem Maße vom Bildungszustand in der Feudal- oder Sklavenhaltergesellschaft unterscheidet. Wir sehen heute in den kapitalistisch hochentwickelten Staaten ein umfassendes Schul- und Bildungswesen. In allen diesen Staaten herrscht die allgemeine Schulpflicht, in allen wird die Schulausbildung zur Sache des kapitalistischen Staates erklärt, wenn es daneben auch einen Privatschul Sektor verschiedenen Ausmaßes gibt. Zusammenfassend läßt sich feststellen: In den kapitalistisch hochentwickelten Ländern hat die Bourgeoisie die Grundschulpflicht (i.a. zwischen 5/6 und 14 - 16 Jahren) eingeführt und sie kommandiert diesen Ausbildungssektor auch. Wo sie ihn nicht kommandiert (Privatschulen), kontrolliert sie ihn (Lehrpläne, staatliche Prüfungskommissionen).

In den kapitalistisch unterentwickelten Ländern existiert keine Schulpflicht, jedenfalls der Wirkung nach nicht, lernt ein Großteil der Massen nicht einmal Lesen und Schreiben. Der Grund für diese Erscheinung liegt im unterschiedlichen Ausbeutungsinteresse der Bourgeoisie an diesen Ländern.

Während sie im hochindustrialisierten Teil der Welt ein genügend ausgebildetes Proletariat braucht um die Produktion mit immer höherer Ergiebigkeit zu betreiben, benutzt sie die unentwickelten Länder im wesentlichen als Absatz- und Rohstoffmärkte. Das bewirkt, daß sie dort einen entscheidend geringeren Prozentsatz der arbeitenden Bevölkerung als qualifizierte Ausbeutungsobjekte braucht - und sie denkt nicht im Traum daran, die hehre Forderung der bürgerlichen Aufklärung, nämlich, möglichst umfassende Bildung für alle, in die Tat umzusetzen.

Bevor wir daran gehen, das bürgerliche Interesse an der Erziehung der unterdrückten Massen, genauer, das Wesen und die Funktion der kapitalistischen Massenerziehung zu beleuchten, sei noch kurz die Erziehungsfunktion

der Stalinbürokratie dargestellt. Diese Schmarotzerschicht hat dort, wo sie die Staatsmacht entweder vom Proletariat oder von der Bourgeoisie usurpiert hat, ein lebenswichtiges Interesse an der Hebung der Produktion, mithin an der Entfaltung der Produktivkräfte. Dadurch kann sie es nicht umgehen, die Massen brüchlich höher zu qualifizieren. Gemeinsam mit der Bourgeoisie hat sie das Interesse, die Massen möglichst zu hindern, Klassenbewußtsein zu entfalten, also am selbständigen Denken zu hindern. Damit sind wir bei der Unterdrückungsfunktion der bürgerlichen (stalinbürokratischen) Erziehung und soll das Folgende im wesentlichen auf die österreichischen Verhältnisse bezogen sein.

KLASSENERZIEHUNG

Wir haben oben festgestellt, daß die herrschende bürgerliche Klasse Erziehung der Massen wesentlich zu dem Zweck betreibt, die Massenelemente als Ausbeutungsobjekte besser zu qualifizieren, sie für modernere, ergiebigere Produktionsmethoden aufnahmefähig zu machen. Um diesen Zweck zu erreichen, kann die bürgerliche Erziehung nicht umhin, den Arbeitern einen gewissen Mindestgrad an Allgemeinwissen und selbständigem Denkvermögen zu vermitteln. Das entspringt dem Streben der Bourgeoisie nach immer höherem Profit, bzw. zumindest dessen Sicherung unter verschärften Konkurrenzbedingungen.

Die Bourgeoisie weiß aber auch, welche Gefahr ihr vom Proletariat droht, daher sucht sie auch auf dem Gebiet der Erziehung Maßnahmen zu setzen um diese Bedrohung zu verringern. Sie versucht den jungen Proletariern in der Schule einzupflanzen, daß der Sturz der Bourgeoisie nicht notwendig sei, und für jene, die die Notwendigkeit erkannt haben, behauptet sie, daß er nicht möglich sei. Sie unterstreicht diese Behauptung durch Drohungen. Wir sehen also, daß die kapitalistische Erziehung (wir reden hier nur von der kapitalistischen Erziehung der Massen) zwei Funktionen zu erfüllen hat.

- 1) Qualifikation der Massenelemente zu möglichst geschickten, tüchtigen Ausbeutungsobjekten, die die ihnen übertragenen Produktionsaufgaben möglichst fehlerlos erfüllen können und sich in möglichst kurzer Zeit auf neue, veränderte Produktionsvorgänge umstellen können.
- 2) Immunisierung und Einschüchterung: Das Ausbeutungsobjekt soll nach Möglichkeit am Verständnis der grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge gehindert werden; der Arbeiter soll diese Zusammenhänge nicht verstehen und sobald er etwas davon zu verstehen beginnt, soll er sich fürchten. Keinesfalls soll ihm der revolutionäre Ausweg aus seiner unterdrückten Lage gangbar erscheinen. Entweder soll er gar nicht soweit kommen, oder er soll dem Ausweg für undurchführbar halten - ihn ins Reich der Utopie verweisen.

Es ist festzustellen, daß im niedergehenden Kapitalismus der 2. Punkt immer mehr den 1. überwiegt. Denn die Bourgeoisie kann eher ökonomische

Nachteile ertragen als die wachsende Gefährdung der Grundlagen ihrer ökonomischen und politischen Macht.

Nach der groben Umreißung der Grundtendenzen der kapitalistischen Massenerziehung muß hinzugefügt werden: Die Grundschulausbildung genügt der Bourgeoisie für die Verwirklichung ihrer Interessen schon lange nicht mehr - und umso weniger, je mehr sich die kapitalistische Krise erweitert und vertieft, damit den Druck der Bourgeoisie auf die Arbeiter- und Kleinbürger - Kleinbürger^{bauern}massen verstärkend.

Zunächst bedient sich also die Bourgeoisie der Schulbildung (wo es auf Kosten der Massen möglich ist, auch der Vorschulbildung) zur Immunisierung und Einschüchterung. Nebenbei: Je höher die Schulbildung, über das Pflichtschulniveau hinausgeht, umso mehr überwiegt der Immunisierungsanteil der Bildung den Qualifikationsanteil, wenngleich dieser absolut steigt. Dazu kommt bei den höheren, Nicht-Pflichtschulen immer stärker das Korruptionselement. Der Standesdünkel der Studenten etwa wird planmäßig gefördert und es werden ihnen während und nach dem Studium Vorteile auf Kosten der Massen zugesprochen.

Wir sehen, der Zweig der höheren Schulbildung (berufsbildende und sonstige Mittelschulen, Hochschulen und Akademien) soll die dort Ausgebildeten zu Handlangern der Bourgeoisie machen - sie sollen zu Unterdrückungsorganen der Bourgeoisie ausgebildet werden. Die Bourgeoisie braucht das, denn sie kann längst nicht mehr alle unteren, mittleren und höheren Kommandoposten im staatlichen Unterdrückungsapparat und im Wirtschaftsapparat aus ihren eigenen Reihen besetzen. Die Bourgeoisie muß also bei Bestehen der formalen Demokratie eine Auslese für den Besuch der über die Grundschule (bzw. Berufsschule) hinausgehenden kapitalistischen Lehranstalten treffen. Das eine Mittel dazu ist ökonomisch, ist die finanzielle Belastung, die durch längeren Schulbesuch des jungen Proletariats oder Kleinbürgers entsteht. Dadurch hat die herrschende Klasse bereits eine gewisse Gewähr, daß vor allem Abkömmlinge der Arbeiteraristokratie, die schon von Haus aus (im wahrsten Sinne des Wortes) mit kleinbürgerlichem Bewußtsein infiziert oder erfüllt sind, den höheren Bildungsweg einschlagen. Das andere Mittel ist eben die Auslese nach kleinbürgerlichem oder Arbeiteraristokratischem Bewußtsein. Ein ideologischer Kleinbürger schwärmt eben für die bürgerliche Ausbildung, auch dann noch, wenn er materiell schlechter gestellt ist, als ein Durchschnittsarbeiter. Diese beiden Mittel bewirken, daß der Arbeiteranteil der österreichischen Hochschulstudenten bei 5% liegt. (Wobei die bürgerliche bzw. sozialbürokratische Statistik selbstverständlich die Arbeiterbürokratie-aristokratie schlicht unter die "Arbeiter" einreicht). Daran haben auch alle Stipendienmätzchen nichts geändert. Diese Zahl zeigt einerseits, wie gut die klassenmäßige Automatik des kapitalistischen Staatsapparates auch auf dem Gebiet der Erziehung wirkt - andererseits beweist sie, daß das Proletariat

und die proletarische Partei keine Hoffnungen auf die "studierten Arbeiter" setzen darf.

Was sind nun die Grundlinien auf denen die Bourgeoisie bei ihrer Massenerziehung vorgeht? Wir wollen kurz die Qualifikationseite erledigen: Hier ist die Bourgeoisie bemüht vor allem zu rationalisieren, nicht nur um die für die fachliche Qualifikation notwendige Ausbildungszeit zu verkürzen bzw. die Qualifikation zu steigern, sondern auch um mehr Zeit für die Immunisierungskomponente zu gewinnen. Daß der zweite Aspekt überwiegt, zeigt etwa die Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr oder die verlängerte Ausbildung der Volksschullehrer an den pädagogischen Akademien.

Zur Immunisierung: Die fachliche Qualifikation, die an die Ergebnisse der positiven Naturwissenschaft und der Technik anschließt, bewirkt unvermeidlich einen materialistisch, dialektischen Anstoß im Bewußtsein der Erzogenen, obwohl diese Ergebnisse gewöhnlich in ~~der~~ idealistischer Form vermittelt werden (das ist ein Hauptzweck der Lehrerbildung). Um dieser Auswirkung zu begegnen, benützt die Bourgeoisie eine ganze Auswahl von Immunisierungsmethoden. Religion ist Unterrichtsfach, Philosophie und Psychologie ebenfalls. Hier verbreitet die Bourgeoisie direkt ihre reaktionäre Weltanschauung. Im geschichts- bzw, staatsbürgerlichen Unterricht Chauvinismus, Patriotismus und Illusionen in die bürgerliche Demokratie. Geographie dient vor allem dazu, die Überlegenheit der weißen Rasse zu demonstrieren, der Deutschunterricht zur Glorifizierung der germanischen Rasse, repräsentiert durch die Bourgeoisie. Unter dem Deckmantel der alten Sprachen, werden ganz besonders reaktionäre Inhalte und Geschichtsfälschungen eingeimpft.

Diese reinen Immunisierungsfächer, bzw. Überwiegend auf Immunisierung ausgerichteten funktionieren doppelt. Einerseits vermitteln sie bürgerliches Gedankengut, andererseits, durch den Zwang auch für diese Gegenstände zu lernen (Prüfungen), hindern sie die Schüler schon zeitmäßig ~~an~~ einer anderen Tätigkeit. Die Hauptstoßrichtung der bürgerlichen Massenerziehung ist es also, den Arbeiterkindern die Erweiterung und Vertiefung der urwüchsigen dialektisch-materialistischen Denkmethode möglichst zu erschweren und ihr Bewußtsein zusätzlich mit dem Abfall der bürgerlichen Ideologie zu füllen.

Damit erreicht die Bourgeoisie, daß ~~die~~ die Proletarier, wenn sie einmal der Schule entwachsen sind und unvermeidlich in den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie hineingezogen werden, idealistische, bürgerlich-reformistische Schlüsse ziehen und daß diese Vorurteile der bewußtseinmäßigen Vorbereitung auf den Entscheidungskampf im Wege stehen. Einen Nebeneffekt darf man nicht unterschätzen. Durch das Eintrichtern des bürgerlichen Schundes in die Hirne der Arbeiterklasse, werden viele Arbeiterelemente dahin gebracht, das Kind mit dem Bad auszugießen,

nämlich das Lernen überhaupt abzulehnen. Wieder eine Schwierigkeit, die die bürgerliche Erziehung der proletarisch-revolutionären Aufklärungsarbeit in den Weg legt. Damit erschwert es die Bourgeoisie der proletarischen Partei, die Massen vom reformistischen Kampf unter Führung der Sozialbürokratie zum revolutionären Massenkampf zu führen.

Was kann die proletarische Partei dagegen tun ?

Ausgehend von der klaren Erkenntnis, daß es im Kapitalismus keine Massen-erziehung geben kann (im Sinne der schulischen Erziehung; die Erziehung der Massen durch die proletarisch revolutionäre Kritik, Propaganda, Agitation steht auf einem anderen Blatt), die den Interessen der Arbeiterklasse dient - keine Bourgeoisie der Welt würde zulassen, daß in Ihren Schulen die Revolution gelehrt wird - kann sich der Kampf der proletarischen Partei auf dem Schulsektor nur auf Verteidigung der positiven Inhalte der Erziehung (vor allem die naturwissenschaftlichen Ergebnisse) und Bekämpfung der reaktionären Tendenzen orientieren. Die wesentlichen dementsprechenden Forderungen sind:

- 1) Unentgeltlichkeit des Unterrichts und kostenlose Beistellung der Unterrichtsmittel. Kostenloser Schulweg.
- 1a) Die weitergehende Forderung der kostenlosen Verpflegung der Schüler ist keine direkte Erziehungsfrage, gehört aber der Vollständigkeit halber hierher.
- 2) Streichung des Religionsunterrichts.
- 2a) Keinerlei öffentliche Unterstützung von Privatschulen konfessionellen oder sonstigen Charakters.
- 3) Aufhebung des qualitativen Unterschieds zwischen Haupt und Mittelschule, bzw. Obermittelschule, berufsbildender Mittelschule und Berufsschule ~~und~~ durch Führung ~~der~~ ~~Schulen~~ Gemeinschaftsschulen mit theoretischer und praktischer Ausbildung bis zum 16. Lebensjahr. Behebung des qualitativen Unterschieds zwischen den ländlichen und städtischen Grundschulen.
- 4) Finanzierung der Schul- und Berufsausbildung durch den Staat. Aufbringung der Mittel dafür durch eine progressive Vermögenssteuer und progressive Einkommensteuer ab einem gewissen Höchsteinkommen (Einkommen eines gut qualifizierten Facharbeiters).

Die weiteren Forderungen

- 5) Verantwortlichkeit der Schulleitungen gegenüber dem Erziehungsausschuß des Zuständigen örtlichen Arbeiterrates. (Absetzung und Bestellung von Lehrern, Bezahlung, Gebarung der Schule etc.)
 - 6) Kontrolle der Unterrichtspläne und der zentralen Finanzierung der staatlichen Erziehung durch den Erziehungsausschuß des obersten Arbeiterrates
- sind bereits Übergangsforderungen.

Damit das Erziehungsprogramm der proletarischen Partei kein Reformprogramm bleibt, müssen die reformistischen Forderungen kritisiert und in

Verknüpfung damit die proletarisch-revolutionäre Endlösung in der Erziehungsfrage propagiert werden: Zerschlagung des bürgerlichen Erziehungssystems und Aufrichtung eines klassenmäßig ausgerichteten proletarisch-demokratischen Erziehungswesens. Als Voraussetzung dafür: Sturz der Bourgeoisie und Aufrichtung der proletarisch-demokratischen Diktatur.

Die proletarisch-demokratische Erziehung

Nach dem Sturz der Bourgeoisie durch das revolutionäre Bündnis der ~~Arbeiter~~: Arbeiter, echten Kleinbürger und armen Bauern und ~~der~~ Aufrichtung der proletarisch-demokratischen Staatsmacht, setzt der Exekutivausschuß des Reichsrates der Arbeiter und armen Bauern, Kleinbürger einen Vollzugausschuß für Erziehungsfragen ein, der die Angelegenheiten der Schulen nach den entsprechenden Richtlinien des Reichs~~rates~~ arbeiterrates organisiert und ausführt.

Allgemeine Zielsetzung der proletarisch-demokratischen Erziehung

Sie dient vor allem der internationalen proletarischen Revolution. Sie tut dies durch eine Erziehung, die die junge Generation zu einer möglichst allseitig ausgebildeten, hochqualifizierten Generation macht, die die Produktivkräfte ~~steigert~~ optimal steigert und die der internationalen proletarischen Revolution treu ergeben ist und sie möglichst gut vorantreibt.

"Wie müssen wir lernen? Nur indem wir jeden Schritt unserer Tätigkeit in der Schule, jeden Schritt auf dem Gebiete der Erziehung und der Bildung unlösbar an den Kampf aller Arbeitenden gegen die Ausbeuter anknüpfen." Lenin, Rede auf dem III. Allrussischen Kongreß des russischen kommunistischen Jugendverbandes. 1920.

Was sind die Voraussetzungen dafür?

Reinigung des gesamten Unterrichtsstoffes von allem kapitalistischen Unrat, von jeglichem Einfluß idealistischer, agnostizistischer, religiöser Ideologie. Insbesondere Reinigung des Geschichtsunterrichts von allen kapitalistischen Fälschungen, Beseitigung jedes Umbiegens der positiven Wissenschaften in metaphysischen Idealismus oder irgendeinen Agnostizismus

Wen umfaßt die proletarisch demokratische Erziehung?

Alle Bürger des proletarisch-demokratischen Staates, restlos vor allem die junge Generation beiderlei Geschlechts der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger; gerade diesen sucht sie alle Quellen der Erziehung zu erschließen, um die ungeheure Vernachlässigung wettzumachen, die die Klassengesellschaft an diesen verübt: sie sollen, müssen das kapitalistische Bildungs-Kulturniveau einholen und weit überholen und immer weiter überholen.

Anhang

Abgrenzung gegen kleinbürgerlichen Reformismus in der Erziehungsfrage innerhalb der Arbeiterbewegung.

An Hand der "proletarischen" Erziehungsversuche, die besonders in Deutschland 1922-27 (Alice und Otto Rühle, Am anderen Ufer; E. Hörnle, Kommunistische Kindergruppen) und Österreich (A. Tesarek, Kinderfreunde-bewegung, rote Falken) stattgefunden haben, soll die Abgrenzung durchgeführt werden. Übrigens gibt es in neuester Zeit eine ähnliche Bewegung in Westdeutschland und Westberlin, die Kinderladenbewegung.

Die proletarisch-demokratische Partei stellt sich nicht die Aufgabe parteimäßige Kindermassenorganisationen zwecks "Einschaltung" in den Klassenkampf zu schaffen.

Kindern fehlt die Grundvoraussetzung im Ausbeutungsprozess der kapitalistischen Produktion gestellt zu sein. Aber erst das ist Voraussetzung für proletarisches Klassenbewusstsein und damit für die Organisation der Arbeitermassen durch die proletarische Partei zwecks Sturzes der Bourgeoisie.

Die proletarisch-demokratische Partei lehnt es ab zu warten bis durch kommunistische Kindergruppen proletarische Revolutionäre aus den Wiegen hochgepöppelt ~~wurden~~ und "revolutionär" erzogen worden sind.

W (Wer glaubt, in der Lage zu sein, proletarische Revolutionäre von der Wiege aus hochziehen zu können, sollte auch in der Lage sein, die Revolution selbst zu organisieren, bevor seine Kinder groß und revolutionäre geworden sind).

Die proletarisch-demokratische Partei lehnt es ab, sich daran zu verschwenden, da sie alle ihre Kräfte anspannen muss, um den Klassengegner zu stürzen.

Die Klassenmäßig organisierte Kindererziehung ist Sache der proletarischen Demokratie nach dem Sturz der Bourgeoisie.

Erklärung GU zur Frage des "Bremsens"

In der Erna vom 13.10.72 sagte GU in der Erregung, dass Rudolf die politische Arbeit ~~xxxxxxx~~ "bremse". Rudolf forderte darauf von GU eine Erklärung, die dieser zu bringen versprach. Das Folgende stellt nun diese Erklärung dar.

drohte und unsere Org/droht meiner Meinung immer mehr in der Routine, in der Schablone zu erstarren. Die sektiererischen Tendenzen nehmen bei Teilen der Org immer greifbarere Formen an. Deshalb unternahmen vor allem Rob und GU immer wieder Versuche, um aus dieser Schablone auszurechen und unsere Tätigkeit den sich verändernden äußeren und inneren Bedingungen anzupassen, gegen die ärgsten Mängel anzukämpfen. Es ist ganz klar, dass ^{bei} Vorstöße auf ~~ein~~ Gebiet, auf denen noch wenig Erfahrungen vorliegen, unvermeidlicherweise Fehler gemacht werden, ja dass sogar die Gefahr besteht, dass schwere Fehler gemacht werden.

unmittelbare

Nun gibt es 2 Methoden, sich gegenüber diesen Versuchen zu verhalten:

1. Man kann die unklaren, ungenügenden, ~~xxxxxxx~~ Züge aufzeigen und sodann den ganzen Versuch verwerfen, ablehnen, dessen Durchführung verhindern.
2. Man kann die Notwendigkeit der geplanten Schritte erfassen. Man kann sich bemühen, das positive der Gedanken herauszuarbeiten, aufzugreifen und sodann mitteilen, gemeinsam die Schwächen zu überwinden. Dies wäre in der Praxis das richtige Verbinden von negativ und positiver Kritik und die richtige Methode, unter Gesinnungsgenossen Probleme zu diskutieren.

Vor allem Buno hat mangels genügender Einsicht in die Notwendigkeit, unser taktisches Verhalten in der Praxis tatsächlich zu modifizieren und der daraus erwachsenden Verständnislosigkeit gegenüber den Initiativen von Rob und GU leider allzu oft die erste Methode angewandt. In vielen Fragen verhärteten sich darauf die Standpunkte, eine Klärung war entweder nur unter ungeheuren Anstrengungen oder gar nicht möglich. Einige Beispiele: Reaktion auf die Kritik Rob's am Lagebericht; Verhalten Br's zur Nahrungsfrage, zur Nickfrage, zur Organfrage, zur Ingofrage, zum Klub, zur Arbeitsmappe usw.

Vor allem während der Zeit, in der Br bei uns ist, hilft ihm Ru, die oben ~~angewandte~~ ^{aufgezeigte} Methode anzuwenden bzw. bestärkt er ihn in seinem Verhalten durch ungenügende Kritik. Gemeinsam versuchten sie 1972, die politischen Differenzen in der Weltlage mit politischen Misstrauen zu erklären. Als es nicht gelang, mit dieser Fragestellung die Differenzen zu klären, wurde allen Ernstes geprüft, - und das wiederholt - ob Rob, GU und auch Paul noch auf dem Boden des Marxismus stehen zB in der Frage, ob sie überhaupt noch den kap Grundwider-

spruch aus anerkennen, dh es wurde allen Ernstes geprüft, ob sie nicht ganz arge Opportunisten wären. Diese Art der "Klärungsarbeit" raubte derart viel Kraft und Zeit, dass^{für} die Klärung der eigentlichen Frage, die Fragen der Schwächen in Br Lagebericht, fast keine Zeit mehr blieb.

Die Mehrzahl der Anregungen, die organisatorische und politische Praxis den veränderten Bedingungen anzupassen bzw zu korrigieren, kamen in den letzten Jahren von Rob und GU. Das skeptische Verhalten von Br, unterstützt von Ru, wirkte sich meiner Meinung in vielen Fragen objektiv als ein Hemmnis aus. Ihr Verhalten hinderte die Org in vielen Fragen, ihre ~~sehr~~ schwachen Kräfte nutzbringender anzuwenden. Es muss aber auch ausgesprochen werden, dass ihr Widerstand gegen Neuerungen und gegen Neuerer diese zwang, ihren Standpunkt besser zu durchdenken und auf diese Weise tiefer in die Fragen einzudringen.

Der von GU in der Erregung gemachte Ausspruch, Ru Bremse, ist eine unzechmäßige Formulierung, da⁹ die Form eines subjektiven Vorwurfs annahm. Ich bedaure die ungute Formulierung und ziehe sie hienit in aller Form zurück. Was ich damit eigentlich ausdrücken wollte, habe ich oben dargestellt.

16.10.1972

gu.

PS: Aus Trotzki, Lehren des Oktober, s 74:

"Jede Partei, auch die revolutionärste, entwickelt unvermeidlich einen organisatorischen Konservatismus, sonst könnte sie nicht die notwendige Standfestigkeit aufweisen, die sie unbedingt braucht. Bei einer rev Partei muss die notwendige Dosis des Konservatismus vereinigt sein mit einer vollständigen Freiheit von der Routine, mit einer Freiheit der Orientierung und mit einem tatkräftigen Schwung. Am schärfsten kann man diese Eigenschaften an den Wendepunkten der historischen Entwicklung feststellen kontrollieren. Schon früher haben wir das Wort Lenins erwähnt, dass mitunter sogar die revolutionärsten Parteien in einer schroffen Veränderung der Verhältnisse und der daraus entstehenden Probleme fortfahren, auf dem alten Weg weiterzugehen und dadurch zur Bremse der rev Entwicklung werden oder zu werden drohen. Sowohl der Konservatismus einer Partei wie ihre rev Initiative finden ihren konzentriertesten Ausdruck in den Organen der ParteileitungXXX."

Erklärung zur Nickfrage (19.10.72, GU)

,die ich
Eine der Lehren/aus der Ingo-Frage,gezogen habe, ist die Notwendig-
keit, wichtige Fragen zu Ende zu diskutieren. Und die Nick-Frage
ist für mich so eine wichtige Frage. Ich ^{werde} ~~habe~~ ^{wenn notwendig} deshalb, eine
umfassende Stellungnahme zu dieser Frage auszuarbeiten. Diese Ausar-
beitung wird für die Gen der Erna keine neuen Tatsachen bringen,
sie wird aber meinen in der Erna geäußerten Standpunkt zusammen-
fassen und präzisieren. Es wird dann leichter sein, meinen Stand-
punkt einer umfassenden Kritik zu unterziehen.

Nun zu den Standpunkten die in der letzten Erna von Paul abgegen
wurden und mit denen Ru offensichtlich vollinhaltlich übereinstimmte.

1. Laut Paul sprechen gegen Lisa folgende Tatsachen:

- a) Lisa ~~ist~~ die "Unaufrichtigkeit aus Prinzip, sowohl aus persön-
lichen Vorteilen heraus, aber auch aus politischen"
- b) die Schwäche ihres Verstandes
- c) die Schwäche ihres Willens

Dazu GU: Diese Darstellung Lisas ist unbewusste, aber tatsächlich
größte Schwarz-Weiss-Malerei. ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~
~~xxx~~ Ich glaube, eine etwas nüchternere und realistischere Ein-
schätzung Lisas seitens Ru und Paul wäre zweckmässig.
sinngemäss

2. Paul stellte/fest, "Lisa sei durch und durch Opportunistin", wir
müssen damit rechnen, dass sie alle der Stapo ausliefern wird: Nick,
Paul, Link usw.

Dazu Ru wörtlich: "Die Erfahrungen der letzten Zeit haben bewiesen,
dass die intimsten & Freunde zu Verrätern geworden sind"

Dazu GU: Richtig ist ^{unter veränderten Bedingungen}, dass ~~man~~ die Möglichkeit des Verrats bei
niemanden absolut ausschliessen kann. Heisst das aber, dass man mit
niemand pol zusammenarbeiten kann und soll? Das wäre falsch. Der
richtige Schluss daraus kann nur sein; die Möglichkeiten einer
Gefahr richtig einzuschätzen, die entsprechenden Vorsichtsmassnahmen
treffen, aber trotzdem arbeiten. Konkret auf die Gruppe Nick ange-
wandt bedeutet das: Die Gruppe für die Arbeitersache, für die Her-
ausbildung der Partei, so gut wie möglich rev auszunützen, die un-
mittelbare Gefahr für die ~~xxxxxxx~~ Org so klein wie möglich halten.

Die Tatsache, dass selbst ein Spitzel der Ochrana in der Leitung von
Lenin Partei sass, hinderte diese nicht, die B zu stürzen. Unsere
unmittelbare Aufgabe ist nicht, Lisa in unsere Org hineinzuziehen,
sondern das rev Potential vor allem Nicks für uns zu nützen.

3. GU machte den Vorschlag, die mögliche Gefahr durch Lisa an Hand
von konkreten Erweiterungsvorschlägen durchzubespochen, und somit
eine mögliche Erweiterung theoretisch vorzubereiten. Er stellte zur
Erwägung, welche Gefahr zB entstehen würde, wenn Rob nur mit Nick

(Das heisst ohne Lisa) zusammentreffen würde? (Dies war nur als illustratives Beispiel gedacht)

wäre zwar Paul sagte dazu sinngemäss, die Gefahr/~~mit~~ tragbar, aber:

Mit der Nickgruppe ist nichts zu machen. Da aber diese Klarheit Gü und Rob nicht ~~hatten~~ besaßen, war er für die Erweiterung des Aktionskreises von Link in der Nick-Gruppe, um Erfahrungen zu sammeln, warum mit solchen scheinbar guten Elementen nichts zu machen sei. Da aber nichts zu machen sei, sei ein Eingehen auf Gü Vorschlag unmöglich, weil er von falschen Tatsachen ausgeht. Rudolf stimmte dem vollinhaltlich zu. Paul wurde beauftragt, einen gemeinsamen Standpunkt Ru-Paul schriftlich auszuarbeiten.

Stellungnahme von Gü: Bisher sagte Ru, Nick sei zwar an sich gut, "aber solange Lisa dabei ist, ist aus künstlerischen Gründen nichts zu machen?" wenn aber dieser ~~Sinn~~ in der letzten Erna gemachte Standpunkt von Paul und Ru voll durchdacht wird, müssten sie zu der Ansicht kommen: auch wenn es vom Standpunkt der Kunst tragbar wäre, eine Erweiterung des Kontaktes durchzuführen, steht es wegen der Qualität, die die Gruppe darstellt nicht dafür, mit ihnen weiter zusammenzuarbeiten. ¹~~dies~~ müssten offen ²~~ausgesprochen werden~~. ²~~sein~~

4. Gü ist der Ansicht, dass vor allem Paul, aber letzten Endes auch Ru, die Tatsachen, die Link ~~über die Gruppe Nick~~ in Erfahrung brachte, nicht genügend allseitig bewertet wurden. Gü ist der Ansicht, dass von Paul und Ru unbewusst aber tatsächlich nur diese Seiten der Tatsachen betrachtet werden, die ihre Einschätzung bestätigen. Alle anderen Seiten der gelieferten Tatsachen werden glatt unter den Tisch gewischt.

Ein Beispiel: Ein wesentlicher Punkt Pauls bei der Einschätzung Nicks war die Tatsache, dass dieser den Kontakt mit ihm seinerzeit abgebrochen habe, dass er damit Paul pol Qualitäten aus persönlichen Erwägungen ignoriert habe usw. Nun haben Lisa und Nick offen in ihrer Gruppe ausgesprochen, dass sie für ihre weitere pol Entwicklung Pauls hohes theoretische Bewusstsein benötigen, dass sie deswegen den Kontakt mit Paul wieder herstellen wollen und dass man die persönlichen Interessen der Sache unterordnen muss.

Welchen Schluss zog aus dieser Tatsache Ru? Ihr bestreben ~~sie~~ ein unehrliches Verhalten, weil sie nicht vor der Gruppe offen ihre Schuld am Bruch aufgezeigt hatten. War das die entscheidende Seite dieser Tatsache???..... Gemeinsam stellten dann Paul und Ru fest, Nick und Lisa wollten Paul mit diesem Versuch nur pol ausschmarotzen.

Wenn es für ~~kann~~ Lisa und Nick um pers Vorteile ginge, wäre diese Einschätzung richtig. Fragt sich nur, welchen pers Vorteil diese beiden aus der pol Zusammenarbeit mit Paul ziehen könnten?!

¹
*) Der einzige Sinn und Zweck der Teilnahme von Link sei, den Beweis zu liefern, dass mit ihnen nichts zu machen sei. Andere Erfahrungen wären unbedeutend. Kann dies tatsächlich die Ansicht ~~sein~~...

Anstekt von Paul u. Ru der sollte.

Wenn es aber darum geht, das pol Wissen Pauls für die Höherentwicklung der Gruppe auszunützen, kann von politischem Ausschmarotzen keine Rede sein. Im Gegenteil, es ist eine unabdingbare Notwendigkeit für das Wachstum einer schwachen Gruppe, alle sich nur bietenden Möglichkeiten auszunützen, um heute auch nur einigermaßen bestehen zu können. Ich finde daher die ^{fe}Versuche Nicks, mit Paul zusammenzuarbeiten, als eine realistische/Einschätzung ihrer eigenen Kraft und Möglichkeiten und als eine tatsächliche Korrektur des damals gemachten Fehlers, also im Gegensatz zu Ru und Paul als eine überwiegend positive Entwicklung.

Um in der Nickfrage zu einem gemeinsamen Standpunkt zu gelangen, ist es einerseits notwendig, alle ~~Existenz~~ Tatsachen nüchtern und vorurteilslos zu verarbeiten, andererseits dass wir uns Klarheit ^rüber die tatsächliche Lage der Organisation verschaffen und über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, damit wir unserem Ziel, der Herausbildung einer rev Klassenpartei tatsächlich optimalst näher kommen.

19.10.72

gü.

Stellungnahme Pauls zu Güs "Erklärung zur Nickfrage" vom 19.10.72

(Verfaßt am 23.10, geschrieben am 16.11.72)

Ich zitiere:

- 1) "Eine der Lehren", schreibt Gen Gü, "die ich aus der Infrage gezogen habe, ist die Notwendigkeit, wichtige Fragen zu Ende zu diskutieren. Und die Nickfrage ist für mich so eine wichtige Frage. Ich werde deshalb, wenn notwendig, eine umfassende Stellungnahme zu dieser Frage ausarbeiten.... Es wird dann leichter sein, meinen Standpunkt einer umfassenden Kritik zu unterziehen."

X. Gü sagt weiter unten: "Paul wurde beauftragt, einen gemeinsamen Standpunkt Ru/Pa schriftlich auszuarbeiten".

Dieser Standpunkt wurde am 20.10.72 vorgelegt, Gü seinerseits legte eine "Erklärung" vor, obwohl auch er beauftragt wurde, einen schriftlichen Standpunkt auszuarbeiten. Ich frage ihn, wann wird er es als "notwendig" ansehen, eine umfassende Stellungnahme abzugeben?

- 2) Gen Gü zitiert unter Punkt 1 seiner "Erklärung" Pa sinngemäß, bezüglich der charakterlichen Einschätzung Lisas, die im wesentlichen in drei Punkten bestand: a) Unaufrichtigkeit als Prinzip, b) Schwäche des Verstandes, c) Schwäche des Willens. Gen Gü kommentiert:

"Dazu Gü: Diese Darstellung Lisas ist unbewußte, aber tatsächlich größte Schwarz-Weiß-Malerei. Ich glaube, eine etwas nüchternere und realistischere Einschätzung Lisas seitens Ru und Paul wäre zweckmäßig."

Dazu stelle ich die Frage: Was sind die Gründe für Güs Bewertung? Es genügt mir nicht die Feststellung, daß er dieser Ansicht ist, ich hätte gerne eine Darstellung, wie er dazu gekommen ist.

Konkret: a) Warum meint Gü, daß Pa Lisa unbewußt in so düsteren Farben schildert?

b) Inwiefern widerspricht dieses "schwarze" Bild den bekannten Tatsachen?

c) Welche Einschätzung Lisas entspricht nach Gü den bekannten Tatsachen?

- 3) Gen Gü schreibt: "2. Paul stellte sinngemäß fest, "Lisa sei durch und durch Opportunistin", wir müssen damit rechnen, daß sie alle der Stapo ausliefern wird: Nick, Paul, Link usw."

Hier vereinfacht Gen Gü "unbewußt, aber tatsächlich", denn seine "sinngemäße" Wiedergabe verzerrt das, was Paul wirklich gesagt hat. Richtig ist die Feststellung bezüglich des Opportunismus Lisas wiedergegeben. Der Rest des Satzes gehört so verstanden - und war von Paul auch so formuliert (ebenfalls "sinngemäß"): Nach allen Erfahrungen mit Lisa ist es als realistische Gefahr anzusehen, daß sie, wenn sich die Bedingungen des politischen Kampfes verschärfen - und sie werden sich verschärfen - aus Gründen ihrer persönlichen Sicherheit und ihres persönlichen Standards (Arbeit, Wohnung, Bezahlung etc.) bereit sein wird, alles und alle auszuliefern.

Wie wirkt nun die Darstellung Gen Güs? Bringt er tatsächlich PAs Standpunkt und widerlegt ihn? Nein, er vereinfacht zuerst und knüpft dann seine Folgerungen daran, die wir wie sehen werden aber auch nicht genügend durchdacht wurden.

4) Gen Gü schreibt:

"Richtig ist, daß man unter veränderten Bedingungen die Möglichkeit des Verrats bei niemandem absolut ausschließen kann. Heißt das aber daß man mit niemand politisch zusammen arbeiten kann und soll?"

Wenn dieser Absatz irgendeine Bedeutung haben soll, dann doch die, daß es sich um einen Beitrag zur Methodischen Klärung der Gen handelt.

Nun, wenden wir diese Methode an, auf ein eher banales Beispiel:

"Richtig ist, daß man bei starkem Wind eine Dachziegel auf den Kopf bekommen kann, wenn man sich vor Häusern aufhält, die damit gedeckt sind. Heißt das aber, daß man sich niemals in die Nähe solcher Häuser begeben kann und soll?"

Eines ist klar: man kann, so wie man sich ja in Ermangelung eines stürzen-Dachziegels höchstens selbst vom Dach stürzen kann. Etwas anderes ist die Frage, ob man soll. Und bei ihrer Beantwortung wird sich dem einfachsten Hausverstand das Problem aufdrängen: "Wie fest sitzen die Dachziegel?" Und nach möglichst genauer Prüfung dieses Umstandes wird man sich der Dringlichkeit der Besorgung entsprechend in die Nähe des Hauses begeben oder nicht. Aber der Lösung des Problems, "ob oder nicht" kommt man mit der Überlegung "Überall kann mir etwas passieren, das Risiko ist niemals 100%ig auszuschließen" um keinen Schritt näher.

4') Untersuchen wir nun den Schluß des Gen Gü, genauer, seine Aussage, daß der Schluß "Wir können mit niemanden politisch zusammenarbeiten" nicht richtig ist, aussagenlogisch:

Gen Gü bekämpft ganz richtig den Schluß, daß man mit niemandem politisch zusammenarbeiten kann und soll. Zu einem Schluß kommt man aber nur unter Verwendung von mindestens zwei Prämissen, also primaären Aussagen. Gü gibt in seiner Darstellung nur eine. Sie lautet aussagenlogisch formuliert:

PI: Es ist wahr, daß man von niemandem sagen kann, daß er unter allen Umständen Loyal sein wird.

PII; Fehlt

S: Es ist wahr, daß man mit niemand politisch zusammenarbeiten kann und soll.

Wie muß die fehlende Prämisse PII lauten, damit der von Gü zu Recht abgelehnte Schluß S zustandekommt?

Die Antwort ist sehr einfach: PII muß lauten:

PII: Es ist wahr, daß nur mit jemand politisch zusammengearbeitet werden kann und soll, von dem man sagen kann, daß er unter allen Umständen loyal sein wird,.

Diese Aussage PII unterstellt Gü allen jenen, die zum Schluß S kommen und wir dürfen annehmen, daß er einen gewissen Verdacht hegt, bei Ru und Pa wäre das so, denn andernfalls wäre sein Ausflug ins Bereich der Aussagenlogik rein akademisch.

PII bedeutet, allgemein gesprochen, das Verlangen nach 100%iger Gewißheit über den Ablauf künftiger Ereignisse. Nimmt Gen Gü an, daß Pa und Ru das zu ihrer Ausgangsbasis in der Nickfrage gemacht haben, daß sie das vielleicht sogar als allgemeine Methode üben? Wenn nicht, was soll dieser Exkurs in die Banalität?

Gehen wir weiter. Der schluß des Gen Gü lautet völlig richtig:

S : Es ist falsch, daß man mit niemand politisch zusammenarbeiten kann und soll.

Wie muß aber PII aussehen, um zu diesem Schluß zu kommen, da ja PI nach wie vor richtig ist? Auch diese Antwort ist nicht schwer:

PI: wie oben

PII: Es ist falsch, daß nur mit jemand politisch zusammengearbeitet werden kann und soll, von dem man sagen kann, daß er unter allen Umständen loyal ist.

S : Wie oben.

Was uns Gen Gü also "unbewußt aber tatsächlich" dargetan hat, ist, daß PII; (siehe oben) eine der Wirklichkeit nicht entsprechende Aussage ist und wir statt dessen PII (siehe oben) gelten lassen müssen. PII ist die einfache Negation von PII.

Ich frage nun Gen Gü: Wer hat PII aufgestellt, wenn auch insgeheim?

5) Gleich anschließen an das unter § 4) angeführte Zitat schreibt Gen Gü:

"... kann und soll? Das wäre Falsch. Der richtige Schluß daraus (!) kann nur sein: die Möglichkeiten einer Gefahr richtig einschätzen, die entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen treffen, aber trotzdem arbeiten.

Prüfen wir den Wahrheitsgehalt von Güs Schlüsselaussage:

a) Man muß die "Möglichkeit einer Gefahr richtig einschätzen"! Wenn wir den Absatz richtig verstanden haben, dann besagt PI, daß die "Möglichkeit" einer Gefahr immer besteht, negativ, nie absolut auszuschließen ist. Konkretes verrät uns Gen Gü über diese Frage nicht. Aber er tut eines, und das ist: Die Prämisse PI, also eine der Voraussetzungen seines Schlusses, taucht als Schluß wieder auf! Und das nennt man einen Zirkelschluß. Ich frage Gen Gü: Was soll durch diese Darlegung Ru und Pa klarer werden?

b) "die entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen treffen, aber trotzdem arbeiten". Gen Gü sagt oben: "Der richtige Schluß kann nur sein...", d.h. doch "unter allen Umständen", "es gibt keinen anderen Schluß" (keinen anderen richtigen Schluß selbstverständlich). Und das heißt in zusammenfassung: "Vorsichtig, aber unter allen Umständen arbeiten". Oder auf unser Beispiel mit dem Haus mit den möglicher weise lockeren Dachziegeln abgewandelt: "Vorsichtig, aber trotzdem hingehen". Und damit drückt Gen Gü in dankenswerter Klarheit die Rangordnung aus.

Wir haben hier zwei sich widersprechende Bedürfnisse:

- A) politische Arbeit mit Organisationsfremden
- B) unsere Sicherheit

weil er von falschen Tatsachen ausgeht. Rudolf stimmte dem vollinhaltlich zu.... Stellungnahme von Gü: Bisher sagte Ru, Nick sei zwar an sich gut "aber solange Lisa dabei ist, ist aus künstlerischen Gründen nichts zumachen". Wenn aber dieser in der letzten Erna gemachte Standpunkt von Paul und Ru voll durchdacht wird, müßten sie zu der Ansicht kommen: auch wenn es vom Standpunkt der Kunst tragbar wäre, eine Erweiterung des Kontaktes durchzuführen, steht es wegen der Qualität, die die Gruppe darstellt nicht dafür, mit ihnen weiter zusammenzuarbeiten (?!). Der einzige Sinn und Zweck der Teilnahme von Link sei, den Beweis zu liefern, daß mit ihnen nichts zu machen sei, Andere Erfahrungen wären unbedeutend. Wenn dies tatsächlich die Ansicht von Pa und Ru sein sollte, müßten sie dies offen aussprechen."

Frage an Gü: Worin sieht er die Wendung im Standpunkt Ru/pa ? Bzw. den Widerspruch in der "bisherigen" Stellung Rus und dem was Paul "sinngemäß" gesagt hat?

Frage an Gü: Worin begründet er seine Aufforderung, wir "müßten Offen aussprechen"? Wenn das nicht bedeutet, daß wir die Änderung unseres Standpunktes heimlich, stillschweigend vollziehen, dann bedeutet es den Vorwurf der Unklarheit. In beiden Fällen ist es nicht mit der Feststellung getan.

Ich behaupte: selbst aus den Ausführungen Gen Güs geht ein Widerspruch zwischen den geäußerten Meinungen von Pa und Ru nicht hervor. Wenn man zu dem von Gü gezogenen Schluß kommen will, muß unterstellt werden, daß Paul mit seiner Äußerung gemeint habe, Nick selbst (= an sich) wäre qualitativ nicht einmal einen Versuch wert. Es ist wieder das alte Spiel mit Prämissen, die der Gen Gü nicht erwähnt, die sich der von ihm Angegriffene selber aus den mündlichen und schriftlichen Aussagen Güs zusammenklauben muß. Ich ersuche den Gen Gü ~~in~~ in Zukunft mehr Wert auf die Begründung seiner Standpunkte zu legen als bisher, denn die vorliegende Form der Kritik am Standpunkt Ru/Pa zur Nickfrage zeigt deutliche Mängel, die die Klärung sehr erschweren. Und eines muß sich Gen Gü doch vor Augen führen: Solange er seine Kritik nicht begründet, solange sie sich wesentlich auf Behauptungen beschränkt, müssen die Kritisierten sie notgedrungen unter ihrem (möglicherweise tatsächlichen) Wert taxieren. Was nichts anderes heißt als: die Kritik gewinnt ihren Wert erst in der Begründung.

In der vorliegenden Stellungnahme werden an Gen Gü 12 Fragen ausdrücklich gestellt. Ich will ihm keineswegs vorschreiben, daß er sich in seiner Entgegnung vor allem an diese halten soll. Ich will nur eines erreichen: Gen Gü bewußt machen, wie seine Kritik wirkt, welche Fragen sie aufwirft. Ich behaupte, daß es dann auch für ~~ih~~ ~~x~~ ihn leichter sein wird, klare, unmißverständliche Kritik zu üben, bzw. solche Stellungnahmen abzugeben.

Pa. 16. 11. 72

Zur Frage des Verbürgerlichungsprozesses in den entarteten und
verkleinbürgerlichten Verratsparteien SP und KP !

Es ~~steht~~ ^{steht} in unseren Reinen ausser Diskussion, dass SP und KP schon lange keine echten Arbeiterparteien mehr sind, sondern entartete Verratsparteien, die auf Grund der klassenmässigen Veränderungen ~~und~~ in der Vopfschichte dieser Parteien und des Abwürgens der Parteidemokratie unwiderruflich für die proletarische Revolution tot ~~sind~~ und in die Gesamtfront des Klassengegners eingeschwenkt sind.

Der offene und jahrzehntelange Verrat der SP hat manche ehrlichen Revolutionäre zu dem Schluss kommen lassen, dass diese Partei bereits eine ~~echte~~ bürgerliche Partei geworden sei. Wir haben in unserer Stellungnahme zum Wahlaufuf der VL-BL diese Auffassung folgendermassen kritisiert:

" Bei der Beurteilung der verkleinbürgerlichten und immer mehr verbürgerlichenden SPÜ gilt es folgendes zu beachten.

Es ist für die klassenbewussten Arbeiter eine grundlegende Frage, sich über den Klassencharakter der Parteien in der gegebenen Gesellschaft klarzuwerden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Einschätzung der sich auf die Arbeiterklasse berufenden, diese tatsächlich aber von einer Niederlage in die andere führenden Verratsparteien SPÜ und KPC. Bei aller Wut über diese Verräter, bei allem Abscheu über die Gemeinheiten, Lügen und Verdrehungen dieser Arbeiterbürokraten, muss die klassenmässige Beurteilung doch das Resultat einer nüchternen Analyse bleiben.

Ich stimme mit Furer Feststellung, dass auch die SPÜ eine in jedem Punkt kapitalistenfreundliche Politik betreibt (Spalte 1) überein, doch halte ich Furen daraus folgenden Schluss, dass sie heute bereits "eine vollständige bürgerliche Partei" sei (Spalte 1), für voreilig. Gewiss, in der Vopfschichte der SPÜ gibt es schon eine Menge echter Kapitalisten, wie Klanner, Kreisky, Androsch, Kestroun usw. Etliche andere haben sicher gewissen Aktienbesitz und sind am Wege, echte Kapitalisten zu werden. Doch erscheint mir dieser Prozess noch nicht genügend fortgeschritten, um daraus die ganze Partei bereits als kapitalistisch zu klassifizieren. Es ist Tatsache, dass die Politik der SPÜ in allen Fragen nicht die Bedürfnisse der Arbeiter, deren Interesse um höhere Löhne, tiefe Preise, Mieten usw. ins Zentrum ihrer Betrachtungen stellt, sondern die Profitinteressen der Bourgeoisie. Sie machen heute in der Tat entscheidend eine kapitalistische Politik. Es darf jedoch auch nicht ~~ausser~~ Acht gelassen werden, was die SPÜ von einer echten kap. Partei unterscheidet. Eine solche vertritt ausschliesslich die Interessen der B. oder einer Bourgeoisiegruppe und ist nur dieser Klasse bzw. Klassenschichte verantwortlich. Die Stellung der SPÜ ist viel widerspruchsvoller. Sie gaukelt den österr. Massen vor, dass sie deren Interessen vertritt. Die verräterische SPÜ betrügt die Arbeitermassen und liefert sie den Kapitalisten aus. Und doch ist sie darauf angewiesen, das Vertrauen dieser Arbeiter nicht voll zu verlieren. Ohne Massenanhang sind die nichts, haben sie keine Bedeutung für die D. All ihre schönen Posten und Pfünden hängen letzten Endes von ihrer Fähigkeit ab, trotz ihres Verrates ihre Massengefolg im österr. Proletariat nicht zu verlieren.

"Sie sind die linke Flankendeckung der B. und haben als solche nur Gewicht, solange sie die Arbeiter zu verwirren, zu täuschen und vom ernststen Kampf abzuhalten verstehen. Das hat aber auch seinen Preis !!! Die Arbeiter sind nicht nur mit hohlen Phrasen im Zaum zu halten. Gewisse kapitalistische Reformen sind ein untrennbarer Bestandteil der Politik der SPD, auch wenn das heute grundlegend nicht auf Kosten des Profites, sondern meist durch Umlegung der Lasten auf die anderen Ausgebeuteten geschieht. Sie sind die Makler der B. in der Arbeiterbewegung, unterscheiden sich aber doch noch immer von einer kapitalistischen Partei. Die SPD ist eine schwer entartete, verkleinbürgerliche und immer mehr verbürgerlichende Verratspartei, aber noch keine bürgerliche Partei."

Unsere Ausrichtung muss sein :

Bruch mit der SPD und Bruch mit der VEC, von diesen unabhängige Arbeiterpolitik und Aufbau einer echten proletarischdemokratischen Revolutionspartei auf der Grundlage der 21 Punkte der gesunden Komintern und der politischen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Trotzki. Unser geduldiges Aufwachen, unsere Propaganda muss die Arbeiter in diese Richtung lenken." ("Kritik des Wahlauftrufes der VI-BD", S 6,7) x)

Noch kürzer und klarer wird die widerspruchsvolle politische Rolle der Sozialbürokratie und der von dieser beherrschten SP in einer Stellungnahme Trotzki herausgearbeitet:

"Man könnte wohl sagen, dass die Sozialdemokratie der linke Flügel der bürgerlichen Gesellschaft ist. Diese Feststellung ist ganz richtig, wenn man sie nicht so ganz vereinfacht auffasst und dabei nicht vergisst, dass die Sozialdemokratie noch immer Millionen von Arbeitern hinter sich her führt und in bestimmten Grenzen gezwungen ist, nicht allein mit dem Willen ihres bürgerlichen Herren zu rechnen, sondern auch mit den Interessen ihrer betrogenen prol. Auftraggebern." ("Die internationale Revolution und die Komintern", S 106)

Diese politische Rolle ist Ausdruck der Klassenstruktur der SP. Um an die strittige Frage - ob wir heute bereits auch von einem Verbürgerlichungsprozess innerhalb der russischen Stkalinpartei sprechen können - richtig heranzugehen, ist es nützlich, den abgeschlossenen Verkleinbürgerlichungsprozess in den Verratsparteien zu untersuchen und zum Ausgangspunkt der weiteren Analyse zu nehmen 1946, also zu einem Zeitpunkt, zu dem wir noch nicht von einem Verbürgerlichungsprozess in der SPD sprachen. stellte W. Hirt die Frage in einer Gegenüberstellung zur echten Arbeiterpartei wie folgt dar:

X) Aus unserer Kritik wurde der Satz "Sie (die SPD) sind nicht einmal mehr eine reformistische 'Arbeiterpartei', die wenn auch nicht für die prol. Klasseninteressen, so doch für die Tagesinteressen der Massen ernsthaft eintritt." herausgenommen, da der Begriff und die Darstellung der "reformistischen Arb-Partei" auf berechtigte Kritik gestossen ist und nach Prüfung der Frage als politisch falsch erkannt wurde.

4. Worin drückt sich die proletarische Klassenstruktur der wirklichen Arbeiterpartei aus?

a) Sie ist eine Einklassenpartei. Sie besteht der herrschenden Regel nach aus Arbeitern. Nichtproletarische Elemente nimmt sie nur in einer im Verhältnis zur Arbeitermitgliedschaft kleinen Zahl auf und zwar einzig und allein, wenn sie sich bewusst auf die prol. Klassenlinie stellen. Das ~~heisst~~ heisst, wenn sie sich zu der klaren Erkenntnis durchgerungen haben, dass sie ihren wohlverstandenen eigenen Interessen nur dienen durch den konsequenten Kampf für die proletarischen Klasseninteressen und wenn sie sich demgemäss verhalten, tatsächlich, dauernd. Nichtprol. Elemente, die zur Partei kommen, um darin die prol. Klassenkraft auszunützen & für irgendwelche kleinbürgerliche oder gar bürgerliche Interessen, lehnt sie grundsätzlich ab.

b) Sie umfasst nicht alle, sondern nur die klassenbewussten Arbeiter, sie umfasst nur proletarisch-klassenbewusste Elemente. Das heisst, nur diejenigen, welche sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, ihn verstehen und danach tatsächlich handeln.

:

c) Alle Funktionen, Positionen in der proletarisch-revolutionären Partei, auch in ihrem Apparat, von unten bis oben, müssen ausschliesslich mit proletarisch-klassenbewussten Elementen besetzt sein, und zwar - von verhältnismässig seltenen Ausnahmen abgesehen - mit klassenbewussten Arbeitern. ("Arbeiterpartei und 'Arbeiterpartei'!" S 3)

II.

Was zum Unterschied von der wirklichen Arbeiterpartei ist die kleinbürgerliche Arbeiterpartei.

1) Sie ist eine Zweiklassenpartei. Sie ~~besteht~~ besteht aus einem zahlenmässig breiten Arbeiteranteil und aus der im Verhältnis dazu zahlenmässig viel kleineren bereits nichtproletarischen, schon verkleinbürgerlichten, kleinbürgerlichen Oberschichte der bereits voll entarteten Arbeiterbürokratie, -aristokratie.

Im Zuge eines von der B. bewusst, planmässig betriebenen Korruptionierungsprozesses entartet eine mehr oder minder grosse Zahl der Angestellten der Arbeiterbewegung immer mehr, die ursprünglich, im Ausgangspunkt des Prozesses der Arbeiterklasse angehören. Sie kommen so zu Macht und Ehren, beträchtlichem Einkommen, ja sie sammeln schliesslich auch mehr oder minder ansehnliche Vermögen an. Kurz, sie heben sich materiell, sozial allmählich über das Niveau der Arbeiterklasse, entfremden sich ihr immer mehr. Diese ihre privilegierte materielle, soziale Stellung zu behaupten, auszubauen, ~~maxim~~ sei es auf Kosten der Arbeitermassen, wird tatsächlich ihre Haupt Sorge, ihr Hauptziel; darum sind sie gegen die prol. Revolution, für das Bündnis mit der B., gegen die Massen, tatsächlich für den Kap. Staat, für den Kapitalismus. Sie schmarnetzen die Kampfkraft des Proletariats für ihre Sonderinteressen aus, dienen immer die Interessen der Arbeiterklasse, der Arbeitermassen unterordnend, opfern. Sie ~~entarten~~ entarten so in eine parasitäre Schichte, die sich zuletzt in eine regelrechte kleinbürgerliche Schichte verwandelt, aus der sich auf dem Rücken der Massen Einzelne sogar ins Bürgertum emporschmarotzen. Die voll entartete, voll verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie ist keine Ausbeuterklasse, aber eine parasitäre Oberschichte am Leib der Arbeiterklasse; sie ist keine neue Klasse, aber sie wird im Zuge ihres Entartens schliesslich zu einer kleinbürgerlichen Schichte, zu einer Schichte der kleinbürgerlichen Klasse, des Kleinbürgertums." (ebenda S 4)

" Schliesslich wird die Position dieser Oberschichte auch verstärkt durch Kleinbürger, KleinKapitalisten und selbst Mittelkapitalisten, die in desto grösserer Zahl in die von der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie beherrschten "Arbeiterpartei" kommen, je mehr diese an Einfluss gewinnt, je mehr sie geschäftliche Aufträge, Lieferungen und dergleichen vergeben kann.

Strukturell gliedert sich diese Zweiklassenpartei so, dass alle entscheidenden, wichtigen Stellen in der Partei - so auch in den ihr tatsächlich kontrollierten Gewerkschaften, Genossenschaften, überhaupt prol. Massenorganisationen - fest in der Hand sind eben der kleinbürgerlichen Oberschichte der entarteten arb. Bürokratie, -aristokratie, ihrer Kandidaten inbegriffen. Diese kleinbürgerliche Oberschichte ist der Kopf der Zweiklassenpartei - die grosse Masse der Arbeitermitglieder dagegen sind darin nur der Schwanz, dessen grosse Schlagkraft diese Oberschichte politisch ausschmarotzt, welche in allen wichtigen Fragen nach ihren parasitischen, kleinbürgerlichen Sonderinteressen entscheidet, die Politik der Partei auf der Kleinbürgerlichen Klassenlinie hält, während die Masse der Arbeitermitgliedschaft auf die Parteilinie in Wahrheit keinen ernststen Einfluss hat. Die Parteidemokratie wird in diesen Parteien im besten Fall rein formal gewahrt, nur dem Schein nach.

3) Der durch die obigen Hauptsymptome gekennzeichnete Entartungsprozess dieser Oberschichte und damit auch der Entartungsprozess einer solchen Partei erreicht schliesslich einen Höhepunkt, wo die Quantität in die Qualität umschlägt. Die entartende wird schliesslich zur entarteten, die verkleinbürgerlichende schliesslich zu verkleinbürgerlichten, kleinbürgerlichen Schichte, die ehemals gesunde Arbeiterpartei entartet schliesslich zu einer kleinbürgerlichen "Arbeiterpartei", zu einer kleinbürgerlichen Partei. (Zum Unterschied von der SP, KP wird die kommende amerikanische Laborparty, ähnlich wie seinerzeit in langsamerem Tempo die englische Labourparty, die schon in den amerikanischen Gewerkschaften längst verkleinbürgerlichte - in den Spitzen zum Teil schon verbürgerlichte - Arbeiterbürokratie zum Kopf haben. - Der Gang des Entartens ist hier etwas anders, aber das Resultat wird dasselbe sein: Die von der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie schliesslich ins Leben gerufene amerikanische Laborparty wird unvermeidlich eine kleinbürgerliche "Arbeiterpartei" sein, eine kleinbürgerliche Partei).

4) Hier handelt es sich nichtmehr um Fehler einer irrenden Partei, welche in prol. Klassenrichtung korrigiert werden können, sondern um eine in den kleinbürgerlichen Sonderinteressen dieser bereits kleinbürgerlichen Oberschichte klassenmässig verantwortete, sozial verwurzelte kleinbürgerliche Politik, von der es für diese Partei keine Rückkehr mehr gibt. Eine solche Partei ist aus klassenmässigen Gründen unheilbar. Sie kann durch keine wie immer geartete Anstrengung mehr, ob von innen oder aussen, gesunden, reformiert, revolutioniert werden. Grosse geschichtliche Ereignisse signalisieren, wann dieser Punkt erreicht ist.

Für unsere Diskussion sind in diesem Artikel zwei Punkte von bes. Bedeutung.

1) In der Darstellung des Verkleinbürgerlichungsprozesses wird klar der Zusammenhang zwischen den sozialen Veränderungen in der Kopfschichte der Partei und der politischen Linie der entarteten "Arbeiter"partei herausgearbeitet, wobei die Änderung in der Klassenstruktur, d.h. in der klassenmässigen Zusammensetzung der Kopfschichte die entscheidende und grundlegende Tatsache ist, auf Grund derer wir von verkleinbürgerlichten Verratsparteien sprechen.

2) Die Tatsache der bürokratischen Eigeninteressen wird bes. betont. "... diese verkleinbürgerlichte Oberschichte ... entscheidet in allen wichtigen Fragen nach ihren parasitischen, Kleinbürgerlichen Sonderinteressen..."

Wir wissen, dass das Kleinbürgertum und auch keine Kleinbürgerliche Schichte, wie sie die Arbeiterbürokraten aller Schattierungen darstellen keine eigene Machtrolle spielen können. Sie schwanken zwischen den beiden Hauptklassen der kap. Gesellschaft, zwischen der B. und dem Proletariat und lehnen sich je nach der Lage mehr oder weniger an eine der beiden Hauptklassen an, was nichts daran ändert, dass für die K Bürokratie das oberste X Gebot das X Gebot der Selbsterhaltung ist. Alle ihre Politik ist von dem Wunsch getragen, die eigenen Schmarotzpositionen zu erhalten und möglichst auszubauen. Ihre Klassenstruktur als Kleinbürgerliche Schichte bedingt diese Ausrichtung. Sie hat mit dem "reinen" Kleinbürger gemein, dass sie unbedingt die erreichte soziale Stellung behaupten wollen und gleichzeitig auf den Aufstieg in die B. ~~hoffen~~ hoffen. Ministerposten, einträgliche Pfründen im kap. Staats- und Wirtschaftsapparat usw. ermöglichen für eine bestimmte Anzahl von Bürokraten den klassenmässigen Sprung in die Kapitalistenklasse, dank des hohen Einkommens, das in Aktienbesitz, Anleihen, Beteiligungen oder eigenen Betrieben angelegt wird.

Gerade die seit dem Verfassen obigen Artikels verflossenen 26 Jahre waren für die Sozialbürokratie in Österreich, Deutschland, Skandinavien usw. sehr fette Zeiten. In den langen Jahren der offenen Regierungskoalition in Österr. drangen auch eine immer grössere Zahl echter Kapitalisten - natürlich noch immer verschwindend gegenüber der Zahl der Arbeitermitglieder - in die SPÖ ein. Die Schaffung und Eingliederung des "Freien Wirtschaftsverbandes" als Organisation der Kleinbürger und Klein- bzw. Mittelkapitalisten ist eines der Symptome der weiteren klassenmässigen Verschiebung. Aber auch echte Monopolkapitalisten - wie Rosenthal, der es in der SPÖ zum Staatssekretär brachte - fanden einen Platz in den entarteten Parteien der Sozialverräter. Dazu kommt die Mitgliedschaft und der Einfluss vieler kap. Direktoren der kap. verstaatlichten Industrie, den kap. Betrieben der Sozial- und Gewerkschaftsbürokratie wie BAWAG, GfG usw.

Die Verwandlung vieler verkleinbürgerlichter Spitzenbürokraten in waschechte Kapitalisten und das Eindringen von kapitalistischen Elementen in die Oberschichte der Partei hat einen Grad erreicht, dass wir von einem Verbürgerlichungsprozess innerhalb der Sozialbürokratie und der SP sprechen können. Diese Veränderungen haben aber nichts daran geändert, dass die SP weiterhin auf die Arbeitergefolgschaft angewiesen ist, da von diesem Einfluss letzten Endes jene Schmarotzpositionen abhängen, auf die dem noch immer grössere Teil der K verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokraten in der Kopfschichte der SP ihr angenehmes Leben ermöglichen.

Die ~~von~~ klassenmässige Differenzierung mit den daraus entspringenden unterschiedlichen Interessen ist aber bereits so weit fortgeschritten, dass die schwächere Fraktion der verbürgerlichten Arbeiterbürokraten in manchen Fragen bereits sehr deutlich ihre eigenen Interessen hervorkehrt.

Zwei Beispiele seien dafür angeführt:

1) Erinnern wir uns an die scharfen Auseinandersetzungen in der SPÖ im Jahre 1966 nach ihrer X Wahlniederlage über den Eintritt in die Kap. Koalitionsregierung. Die B. diktierte ihren Lavaien damals ausserordentlich ungünstige Bedingungen, die für die Sozialbürokratie grosse Gefahren der Entlarvung vor den Massen heraufbeschworen hätte ohne dafür einen der Sozialbürokratie ungemessen erscheinenden Vorteil zu anzubieten. Trotzdem war eine starke Fraktion für den Regierungseintritt um jeden Preis. Diese Fraktion blieb bei der Abstimmung im Parteirat in der Minderheit und die Spö führte ihre Politik der Klassenzusammenarbeit mit der B. in Form der sog. "Opposition", d.h. in der Form des versteckten Bündnisses, weiter. Die für den Eintritt plädierende Gruppe bestand aber vor allem aus dem bereits verbürgerlichten Teil der Sozialbürokratie, der seine Regierungsaufträge, seine Direktorsposten in der verstaatlichten Kap. Industrie usw. gefährdet sah.

2) In der deutschen Sozialbürokratie und in der von dieser beherrschten SPD können ähnliche Erscheinungen verfolgt werden. So zeigte der Austritt etlicher SPD-Bundestagsabgeordneter aus der SPD und der Eintritt derselben in die rechtswahlgeldistische CDU/CSU deutlich, welche Leute in der Oberschicht der SPD sitzen. Obwohl die SPD in ihrem Godesberger Programm fast alle "sozialistischen" Phrasen fallengelassen hat, ist sie einmüsig der verbürgerlichten Elemente am rechten Flügel noch immer nicht rechts genug.

"Spiegel", 20.3.72 : "Der Münchner SPD-Abgeordnete Müller erwägt, eine neue, rechte SPD zu gründen, die er Kanzler Brandt als Koalitionspartner andienen will.

Unverblümt stellte der einstige Juso-Chef - ~~seit~~ Monaten der heimlichen Neigung zur CSU des Franz Josef Strauss verdächtig - dem Kanzler ein Ultimatum. Wenn bei den am 8. April fälligen Vorstandswahlen i. Juso-starken Unterbezirk München ein linker Einheitsvorstand installiert oder auf der SPD-Liste für die Stadtratswahlen "nur einer von sechs gemässigten" Kandidaten durch einen Linken ersetzt werde, dann sei das für ihn "der Casus belli".

..Schon jetzt macht sich der Parteigründer Gedanken darüber wie sein Verein heissen wird. Für unverzichtbar hält der Spalter das Markenzeichen "sozialdemokratisch".

..Der Parteichef im Wartestand meint, selbst im Bonner Bundeshaus schon Anhänger ausgemacht zu haben. Einige seiner Fraktionskollegen - so beobachtete Müller - grüssen ihn zwar nicht mehr, andere aber gratulierten ihm, "dass sich endlich mal einer traut".

Vergangene Woche streute der Sekretär in Bonn aus, sogar prominente Genossen (z.B. Georg Leber) sympathisierten mit seinem Projekt."

Diese Tendenz einer parteimässigen Abspaltung des rechten, verbürgerlichten Flügels stellt ~~er~~ eine Reaktion auf die Herausbildung des phrasendreschenden, von "Sozialismus" schwadronierenden "linken" Flügels dar, der sich Laufe der letzten Jahre in der SPD vollzog und der sich vor allem um die sog. Jusos gruppiert.

Die Symptome des Wiederaufstiegs in der deutschen Arbeiterklasse, die in einer grösseren Anzahl wilder Streiks ab ~~1966~~ 1967 und bes. 70/71 ihren Ausdruck fanden, führten in der SPD ~~zu~~ zur Herausbildung einer "linken", zentristischen Fraktion, die die Aufgabe übernahm, die Massen zu illusionieren, in ihnen falsche Hoffnungen bezüglich der SPD zu erwecken und den Verrat nach links zu decken. In dem Masse als in der Arbeiterklasse Kampfwille und Kampf Stimmung entsteht, ist die Arbeiterbürokratie gezwungen, diese Stimmung im Rahmen ihrer Verratspolitik zu berücksichtigen, um möglichst wenig Massenanhang zu verlieren. Die Jusos sind Ausdruck dieser Notwendigkeit die Übernahmen und übernehmen jene Aufgaben, für die in Österreich die Hindels & Co. vorgesehen sind. Dieses politische "Anpassen" an die Massenstimmung ist eine kennzeichnende Eigenschaft der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie.

Die Abspaltungsambitionen des rechten Flügels, die in den Parteiübertritten zur ÖDU/ÖAU und in den Absichten des Herrn Müllers ausgedrückt werden, werfen die Frage auf, inwieweit der bereits verbürgerlichte Flügel der Sozialbürokratie bereit und in der Lage ist, dem zu folgen. Wir müssen als perspektivische Möglichkeit ins Auge fassen, dass es bei einer weiteren Verschärfung der Klassengegensätze und der Klassenkämpfe zu einer Gestrennung des verbürgerlichten Teils der Sozialbürokratie kommt, der entweder eine neue echt kapitalistische Partei - ev. auch mit dem Wort "Sozialdemokratie" im neuen Firmennamen - aufbaut, die möglicherweise sogar rechtskapitalist. bzw. faschistisch sein kann, oder sich den bestehenden kapitalistischen Parteien anschliesst. Der verbleibende verkleinbürgerlichte Teil der Sozialbürokratie würde seine Verratsrolle weiterhin ausüben, wobei auch stärkere zentristische Züge nicht ausgeschlossen werden können.

Eine weitere Erscheinung, die von uns noch nicht genügend überdacht wurde, ist die Frage der französischen SP, die sich mit der linkskapitalistischen "radikalsozialistischen Partei" zusammengeschlossen hat und ~~in~~ deren neuer Parteivorsitzender der ~~XXXX~~ kapitalistische Politiker Mitterand geworden ist. Hier wird bes. in Hinblick auf die Bündnisfrage der Klassencharakter dieser neuen Partei genau geprüft werden müssen.

Die Klassennatur der Stalinbürokratie und der von dieser beherrschten Stalinpartei.

Wir haben zu dieser Frage eine zusammenfassende Stellungnahme G. Hirts in "Eine Bilanz", einer britischen Auseinandersetzung mit den Standpunkten des Weltkongresses der IV. Internationale aus dem Jahre 1948.

Hier wird eröffnend festgestellt, dass die Stb. keine neue Ausbeuterklasse ist, dass sie überhaupt keine soziale Klasse darstellt und nach dem negativen aufzeigen, was sie nicht ist, die Frage aufgerollt, was die Stb. positiv ist.

"Um die Verworrenheit einzudämmen, einzuhalten, zu überwinden, bedarf es einer klaren, positiven Antwort. Die Linkszentristen Mr. Zeinhalb versperren dem Kongress den Weg dazu ~~damit~~ durch unzulängliches Herangehen an die Klasse enfrage überhaupt.

Nach Marx könne ein gesellschaftliches Gebilde nur eine Klasse werden auf der Basis ihres höheren Einkommens. Die gleiche Produktionsrolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, welche Rolle ihrerseits wurzelt im gleichen Verhältnis zu den Produktionsmitteln, das ist es, was ein soziales Gebilde zur Klasse macht. Die Einkommensverteilung ist nur eine Folge davon. Höheres Einkommen an sich schafft keine Klasse - stimmt.

Allein friert die Stalinbürokratie all das völlig auf, was sie offen und geheim an legalem Einkommen bezieht und das vielfache davon, was sie darüber hinaus aus dem sowjetrussischen Gesamtprodukt in immer grösserem Umfang zusammenstellt? Keineswegs. Sie macht vielmehr Rücklagen, offen und noch mehr geheim.

Die Kongressresolution unterscheidet die niederen, die mittleren und die am meisten begünstigten Schichten der Bürokratie. Dabei darf man nicht stehen bleiben. Die niederen Schichten machen geringfügige, die mittleren Schichten grössere, die am meisten begünstigten Schichten bedeutende Rücklagen. Sie erwerben Autos; Latschas (Sommerhäuser mit Garten) - das sind im Mastab der Gesellschaft gesehen im strengen Sinn Teile des gesellschaftlichen Produktionsmittelapparates. Darüber hinaus sammeln sie Reserven an in Form von Valuten, Juwelen, Edelmetallen usw. im Inland und ohne Zweifel auch Wertpapiere usw. im Ausland, all dies unter allen möglichen raffinierten Formen. Diesen Vermögensbesitz zu behaupten, auszubauen, dieses ihr Streben, dieses ihr tatsächliches Ansammeln von Vermögen das untermauert ihre Kleinbürgerliche Ideologie, Position immer mehr materiell, macht sie in wachsender Zahl immer mehr zu einer Kleinbürgerlichen Schichte. Bei "den am meisten Begünstigten" gewinnt dieser materielle Besitz immer grösseren Umfang, wird zu potenziellem Kapital, macht sie immer mehr zu embryonalen Kapitalisten. Diese vor allem verkörpern die Tendenz, das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln in kapitalistisches Klassen-, Gruppen-, Individualeigentum zu verwandeln - doch das setzt voraus den ~~am~~ endgültigen Sieg der kapitalistischen Gegenrevolution über die russischen Massen im offenen Kampf der Klassen und soweit ist es trotz aller stalinschen Entartung noch immer nicht.

Die Stalinbürokratie entstand und rekrutiert sich auch weiterhin vor allem aus der Arbeiterklasse entstammenden Schichten. Im Zuge des stalinschen Entartungsprozesses verwandelt sich ein immer grösserer Teil von ihnen, das stalinsche Zentrum, in eine Schichte von Kleinbürgern, von denen "die am meisten Begünstigten" sich immer mehr zu embryonalen Kapitalisten emporstehlen. Der linke, der proletarische Flügel schrumpft immer mehr zusammen. Das ist die richtige positive Antwort auf die Frage nach der Klassennatur der Stalinbürokratie."

"Mit den nötigen Änderungen gilt das von ~~dem~~ der entarteten, entartenden Arbeiterbürokratie überhaupt, auch in den kapitalistischen Ländern (sie gewinnen ihren Vermögensbesitz nicht durch Diebstahl, Veruntreuung, Betrug, sondern indem sie von der Bourgeoisie bestochen werden und sich bestochen lassen)

⋮

Eine Rückkehr der Stalinbürokratie in ihrer Gesamtheit in die Reihen der Arbeiterklasse ist vollkommen ausgeschlossen. Im Falle des gegenrevolutionären Entscheidungsangriffes von ~~ihm~~ innen und aussen oder aussen und innen oder im Falle eines grossen revolutionären Aufschwunges wird die Stalinbürokratie entzwei gerissen werden: ein Teil, der grössere, wird sich auf die Seite der kap. Gegenrevolution schlagen- ~~Teil~~ ein Teil, der kleinere Teil, mag im Entscheidungskampf den Weg in die proletarischrevolutionäre Front zurückfinden: ob und in welchem Umfang, das können nur die Tatsachen zeigen. Nach all dem, was diese Elemente gegen Weltrevolution, Weltproletariat, proletarischen Staat mitverbrochen, ist selbst ihnen gegenüber grösste Vorsicht geboten."

" Die neue russische Bourgeoisie.

⋮

"Die Stalinbürokratie ist unfähig, sich in eine kapitalistische Klasse im historischen Sinn umzuwandeln', heisst es. Die Stalinbürokratie in ihrer Gesamtheit - das ist richtig. Aber wir haben gesehen, dass ihr rechter Flügel in sich und um sich herum embryonale kapitalistische Elemente entwickelt, die an Zahl, Reichtum, Einfluss wachsen.

Die Tatsache, dass eine neue russische Bourgeoisie in Herausbildung begriffen ist; dass die stalinsche Gesamtpolitik ihr immer neuen Boden unter die Füsse schiebt; dass sie trotz aller Schläge, die die Stalinbürokratie gegen einzelne ihrer Glieder austeilt, zahlenmässig, an Vermögensbesitz, machtmässig, zunimmt - diese Tatsache steht ausser Zweifel. Diese neue russische Bourgeoisie - sie ist die russischkapitalistische Gegenrevolution! - das ist der Hauptfeind in der SU!!! Die Stalinbürokratie wirbt - entgegen ihrer Absicht - durch die zwangsläufigen Folgen ihrer Politik als deren Reghereiter." ("Eine Bilanz", S 5/6)

(Seitenangaben über die betreffenden Stellen im Dokument der IV. Internationale wurden weggelassen, da sie hier ohne Belang sind)

Diese Darstellung der klassenmässigen Struktur der Stalinbürokratie und der sich herausbildenden embryonalkapitalistischen Elemente steht völlig in Einklang mit entsprechenden Stellen bei Trotzki, der ebenfalls auf die bürgerliche Fraktion innerhalb der Bürokratie hinweist. So in "Probleme der Entwicklung der UdSSR. (Plattformentwurf der Internationalen Linkenopposition zur russischen Frage)" auf S 3:

"Die durch die Oktoberrevolution exproprierten Klassen, wie die sich neu bildenden Elemente der Bourgeoisie und des bürgerlichen Teils der Bürokratie könnten das Privateigentum an Grund und Boden, Banken, Fabriken, Werksstätten, Eisenbahnen usw. nicht anders wiederherstellen, als auf dem Wege konterrevolutionärer Umwälzung."

Weiters bezüglich der Staatsbürokratie auf S 13: "...und bei den bürgerlichen Elementen der Staatsbürokratie, die sich auf den Grundlagen der NEP bedeutend gefestigt hatte." und schliesslich auf S 17: "Die Sowjetbürokratie, die ein Amalgam der oberen Schicht des siegreichen Proletariat mit den breiten Schichten der gestürzten Klassen darstellt, schliesst in sich eine mächtige Agentur des Weltkapitals ein".

Die Gliederung der Bürokratie in der SU widerspiegelt sich in der russischen Stalinpartei, deren verschiedene Flügel politischer Ausdruck der sozialen Differenzierung innerhalb der Stalinbürokratie sind. Wenn festgestellt wurde, dass die entartete prol. Diktatur in Russland der Schwarztzettel für die Stalinbürokratie und für die von dieser beherrschten Stalinpartei ist und dass aus diesem Grund die Verteidigung der bürokratisch entarteten SU eine Hauptinteresse der gesamten Stb. sei, so muss diese Aussage im Lichte der sozialen Differenzierung der Stb. geprüft werden.

Sie trifft sowohl für den kleinen proletarischen als auch für den zentristisch-bürokratischen Flügel voll zu. Nicht jedoch für den konterrevolutionären Flügel, der, unabhängig ob nationalkapitalistisch ausgerichtet oder auf eine Auslieferung an die Weltimperialisten hinarbeitend, letztlich eine konterrevolutionäre Umwälzung der immer mehr unterhöhlten Reste der durch die Oktoberrevolution herbeigeführten Errungenschaften anstrebt. Der gegenrevolutionäre Flügel tarnt sich und steht in dieser Frage in Konflikt sowohl mit dem reaktionären verkl. Teil der Stalinbürokratie als auch dem verschwindenden prol. Flügel. Die Stalinbürokratie als auch die russische Stalinpartei sind bezüglich dieser Frage kein geschlossenes Ganzes.

Die Gesamtpolitik des beherrschenden reaktionär-bürokratischen Flügels fördert zwangsläufig das Herausbilden der neukapitalistischen Elemente, die ihre entscheidenden Positionen im staatlichen Wirtschaftsapparat haben. Der Zwang, die Produktion zu steigern, führt zu immer neuen und grösseren Konzessionen an die neukap. Elemente, deren gesellschaftliches Gewicht damit steigt. Die ökonomischen Fortschritte werden immer mehr mit dem Preis der politischen Schwächung des bürokratischen Regimes erkauft. Die Umstellung der Leichtindustrie und auch immer stärker der Schwerindustrie auf das Libermann-System, das den Direktoren der Staatstruste immer freiere Hand in der Rohstoffbeschaffung, in der Produktgestaltung, in der Lohnpolitik und in der Absatzpolitik lässt und Planprinzip immer mehr zurückdrängt auf die Gestaltung eines allgemeinen Rahmens der volkswirtschaftlichen Entwicklung, eröffnete den neukapitalistischen Elementen weitestreichende Möglichkeiten der individuellen Bereicherung. Dazu gehören die Beteiligung der Direktoren am Betriebserfolg, die Möglichkeit, sich selbst Prämien in die Taschen zu stopfen, ~~das~~ das Hervorschießen einer Schicht von Vermittlern, die sich auf legalen und illegalem Weg zwischen die Staatstruste einschalten und für die Beschaffung von Rohstoffen und Fertigprodukten als auch anderer Leistungen ~~z~~ stattige Provisionen kassieren usw. Das gleiche gilt auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wo in den reichen und mittleren Kolchozen ebenfalls neukapitalistische Elemente ~~das~~ in den Schlüsselstellungen sitzen. Das Bestreben und das Krängen dieser embryonalen Kapitalisten geht in Richtung auf Umwandlung des angesammelten und nicht selten zusammengestohlenen Vermögens in echtes Kapital, was im Rahmen der heutigen Sowjetgesellschaft nicht möglich ist und nur durch gewaltsames Liquidieren der noch vorhandenen Reste der prol. Revolution erreicht werden kann. Sie bilden in und um die Stalinbürokratie herum die russische gegenrev. Kraft, die durch ständiges Unterminieren der noch verbliebenen Errungenschaften des Oktobers ihre Macht und ihren Einfluss zu stärken trachten, um schlussendlich durch offenen konterrevolutionären Aufstand und Bürgerkrieg eine echte kapitalistische Restauration herbeizuführen.

Der bürokratische Flügel bekämpft diese gegenrevolutionären Tendenzen mit untauglichen Mitteln, die sich aus der widersprüchlichen Lage des zentristischen Flügels ergeben. Einerseits stützen sie sich auf die Ergebnisse der durch sie bis zur Unkennlichkeit entarteten proletarischen Diktatur und gründen darauf ihre Existenz und ihr Parasitentum, andererseits sind sie als Kleinbürgerliche Schicht

vielfach gezwungen, sich auf die embryonalen kapitalistischen Kräfte gegen die Arbeiterklasse zu stützen, so wie dieser rechte Flügel der russischen Gesellschaft ihre Stütze im Kampf gegen die Linksoption und für den Sieg des stalinischen "Zentrums" war.

"Gestützt auf die erstarrte und mühsam gewordenen Kleinbourgeoisie und bürgerliche Bürokratie, die Passivität des ermüdeten und desorientierten Proletariats und die Niederlage der Revolution in der ganzen Welt ausbeutend, zerschlug der zentristische Apparat in wenigen Jahren den linken revolutionären Flügel der Partei." ("Probleme der Entwicklung der USSR", S. 13)

Die Wirtschaft der SU kann - solange sie unter bürokratischem Kommando steht - auf der heutigen Stufe der Entwicklung ohne Mitwirkung und Hilfe der neukap. Elemente nicht funktionieren. Der Preis für die wirtschaftlichen Erfolge ist die Stärkung der gegenrev. Positionen. Der reaktionär-bürokratische Flügel der Stb. versucht letztere unter Kontrolle zu halten, indem sie gegen manche dieser dieser Elemente, die zu offen auftreten, losschlagen. Ihre Aktionen setzt sie aber nicht und kann sie nicht setzen gegen die von ihr sanktionierte legale Vereinerung der Direktoren usw., sondern nur gegen zu trasse Fälle von Unterschlagung, Korruption und Diebstahl. Ihre Schläge treffen die Nachwuchse, aber nicht die breite Schicht der embryonal-kapitalistischen Elemente, auf deren Initiative sie ihre Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsentwicklung entscheidend baut.

Der Osthandel und der damit verbundene immer grössere Kontakt mit den Kapitalisten und deren Vertrauensleuten verstärkt die gegenrevolutionären Tendenzen. Gerade die in jüngster Zeit voranschreitende starke Ausweitung des Osthandels, in den seit dem Staatsbesuch Niksons und der dabei geschlossenen Wirtschaftsverträge auch die US-Bourgeoisie zunehmend einsteigt, dient aus der Sicht der Imperialisten sowohl als Erleichterung für die verübergehende Lösung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten als auch als politischer Hebel für das Vorantreiben der Konterrevolution in der SU.

Die weitgehende Abhängigkeit des zentristisch-bürokratischen Flügels von den neukapitalistischen Kräften verstärkt sich immer mehr. Diese Tatsache schliesst jedoch im Falle einer eventuellen Gefährdung der bürokratischen Fraktion auch schwere Schläge gegen rechte nicht aus, wie die zwangsweise Kollektivisierung und die Schläge gegen den rechten Flügel um 1929. Die wirtschaftlichen Folgen waren Versorgungsrisen und Hungersnöte. Das oberste Prinzip der Bürokratie ist das Prinzip der Selbstbehauptung. Die Schläge erschüttern und schwächen zeitweise die neukapitalistischen Kräfte ohne sie wirklich zu vernichten. Sie wechseln die Farbe und arbeiten weiter an der Verwirklichung ihrer Ziele. Gleichzeitig reproduziert das stalinbürokratische Regime ständig neue embryonal-kap. Elemente, zwangsläufig als Folge des widerspruchsvollen bürokratischen Systems.

"Der linke Zickzack-Stalins, ein objektives Zeugnis der machtvollen Lebensfähigkeit der prol. Diktatur, die die Bürokratie um die eigene Achse dreht, hat jedenfalls weder eine konsequente prol. Politik, noch ein vollblütiges Regime der prol. Diktatur geschaffen. Die im bürokratischen Apparat enthaltenen Elemente der zweiten Macht sind mit dem Eintreten des neuen Kurses nicht verschwunden, sondern haben sich umgefärbt und umbewaffnet. Sie haben sich zweifellos sogar verstärkt, insofern die plebiszitäre Entwertung des Apparats vorwärtsschritt..... Nicht nur gesetzige, sondern auch organisatorische Führer der Konterrevolution sind tief in die Organe der prol. Diktatur eingedrungen und nehmen um so leichter eine Schutzfarbe an, als das gesamte Leben der offiziellen Partei auf Lüge und Fälschung beruht." ("Probleme...", S. 18)

Wir haben auf die Stärkung der gegenrevolutionären Kräfte durch Einführung der Libermann-Konzepte hingewiesen. Trotzdem hat eine der Möglichkeiten für den Ausgangspunkt der konterrevolutionären Umwälzung skizziert und wir können daran ermesen, wie sehr die wirtschaftlichen Umstellungen der letzten Jahre in der SU Schritte in diese Richtung darstellen.

"Von dem Moment an, wo die Parteitradition bei den einen und die Angst vor ihr bei den anderen aufhören, die k offizielle Partei zusammenzuhalten, und die feindlichen Tendenzen nach aussen durchbrechen, wird die Staatswirtschaft die ganze Kraft der politischen Widersprüche jäh verspüren. Jeder Trust und jede Fabrik werden die von oben kommenden Pläne und Direktive umstossen, um mit eigenen Mitteln ihre Interessen zu sichern. Abmachungen zwischen einzelnen Betrieben und dem Privatmarkt hinter dem Rücken des Staates werden aus einer Ausnahme zur Regel werden. Der Kampf zwischen den Betrieben um Arbeitskräfte, Rohstoffe, Absatzmärkte wird automatisch unter den Arbeitern den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen auslösen. Die auf diese Weise unvermeidliche Liquidierung des Planprinzips würde nur die Wiederherstellung des Innenmarktes bedeuten, sondern auch die Durchbrechung des Aussenhandelsmonopols. Die Leitungen der Trusts würden sich schnell der Lage von Privateigentümern oder Agenten des ausländischen Kapitals nähern, an das sich zu wenden viele von ihnen in ihrem Kampfe ums Dasein gezwungen wären. In Dörfern, wo die wenig widerstandsfähigen Formen der Volkswirtschaft kaum erst Zeit gehabt haben würden, die kleinen Warenerzeuger zu erfassen, müsste der Zusammenbruch des Planwirtschaftsprinzips jäh die Elemente der ursprünglichen Akkumulation entfesseln. Der administrative Druck könnte die Lage schon allein deshalb nicht retten, weil der bürokratische Apparat das erste Opfer der nach aussen dringenden Widersprüche und zentrifugalen Tendenzen werden würde. Ohne die durchgeleitende und bindende Kraft der kommunistischen Partei wären folglich Sowjetstaat und Planwirtschaft zum Zusammenbruch verurteilt." ("Probleme...", S 19)

Das Planprinzip wurde noch nicht liquidiert, doch in nicht geringem Masse eingeschränkt. Das Aussenhandelsmonopolist noch nicht durchbrochen, das Kollektiveigentum ist weiterhin aufrecht, doch die Entwicklung geht weiterhin nach rechts. Der Druck der neukapitalistischen Kräfte hält an. Doch der Übergang der Macht in die Hände der Bourgeoisie kann sich keineswegs auf blossen Entarten allein beschränken, sondern müsste unabwendbar die Form der offenen gewaltsamen konterrevolutionären Auseinandersetzung annehmen.

"Die zwei Lager des Bürgerkrieges.

Gesetzt den Fall, der molekulare Prozess der Anhäufung von Widersprüchen führte zu einer Explosion: Der Zusammenschluss der feindlichen Lager würde sich im Feuer um jene politischen Zentren vollziehen, die gestern noch illegal waren. Der Centrismus als kommandierende Fraktion würde, zusammen mit dem administrativen Apparat sofort ein Opfer der politischen Differenzierung. Die Elemente seines Bestandes würden sich auf beide Seiten der Kerritade verteilen. Wer im Lager der Konterrevolution in der ersten Zeit den Hauptplatzeinnehmen würde: Die abenteuerlich-prätorialistischen Elemente vom Typus Tuschatschewski, Blücher, Budjonni, direkter Abhub vom Typus Bessedowewi, oder noch schwererwiegende Elemente vom Typus Kamsin und Ossadtschy - das würde bestimmt werden durch Zeitpunkt und Bedingungen des Übergangs der k Konterrevolution zur Offensive. Doch die Frage selbst könnte nur von episodischer Bedeutung sein. Die Tuschatschewski und Bessedowewi könnten nur als Stufe für die Kamsin und Ossadtschi dienen: diese ihrerseits taugen

nur als Stufe für die imperialistische Diktatur, die ~~das~~ sehr bald beide Stufen beiseiteschleudern würde, auch wenn es ihr nicht gelänge, sie gleich zu überspringen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wurden dabei einen Block mit dem prätorianischen Flügel des Zentrismus bilden und die Imperialisten auf dem steilen Abstieg der Revolution decken, wie sie im Jahre 1917 versucht haben, sie bei dem steilen Aufstieg zu decken.

Im entgegengesetzten Lager würde eine nicht minder entscheidende Umgruppierung der Kräfte unter dem Banner des Kampfes für den Oktober stattfinden. Die revolutionären Elemente der Sowjets, Gewerkschaften, Kooperativen, der Armee und schliesslich und vor allem die fortwährgeschrittenen Arbeiter in den Betrieben würden angesichts der drohenden Gefahr die Notwendigkeit verspüren, sich unter klaren Parolen eng zusammenzuschliessen um die bewährten und erprobten rev. Kader, die zu Kapitulation und Verrat unfähig sind. Nicht nur die zentristische Fraktion, auch der rechte Flügel der Partei würde nicht wenige ~~KKK~~ Revolutionäre aussondern, die die Oktoberrevolution mit der Waffe in der Hand verteidigen würden. Doch hätten sie dazu eine schmerzhaft innere Abgrenzung nötig, undurchführbar ohne eine Periode der Verwirrungen, Schwankungen und ohne Zeitverlust. Unter diesen entscheidenden Umständen wäre die Fraktion der Bolschewiki-Leninisten, die durch ihre Vergangenheit scharf ausgeprägt und in schweren Prüfungen gestählt ist, berufen, die Rolle eines in gesättigte Lösung getauchten Kristalls zu spielen. Rings um die linke Opposition würde sich der Prozess des Zusammenschlusses des revolutionären Lagers und der Wiedergeburt der wahren kommunistischen Partei vollziehen. Das Vorhandensein einer leninistischen Fraktion würde die Chancen des Proletariats im Kampfe mit den Kräften der Konterrev. Umwälzung verdoppeln." ("Probleme...", S 20/21)

Die oben entworfene Frontstellung im Bürgerkrieg und in der Verteidigung der Reste des Oktobers ist die entscheidende politische Konsequenz der klassenmässigen Differenzierung in der Stalinbürokratie, der ~~KKK~~ Stalinpartei und der gesamten russischen Gesellschaft. ~~KKK~~ Für die gegebene Phase der Entwicklung ist noch immer die Schwächung der russischen Arbeiterklasse und die Stärkung der neukapitalistischen gegenrevolutionären Kräfte in der SU kennzeichnend. Das Kräfteverhältnis und der Einfluss verschiebt sich zugunsten der letzteren.

Schlussfolgerungen

1) Wir haben für die Sozialbürokratie und deren SP den Entartungsprozess und die sozialen Veränderungen in der Vorkgeschichte der Partei aufgezeigt. Auf Grund der immer stärkeren Eindringens von echten Kapitalisten in die bestimmende Oberschichte der SU und der ~~KKK~~ zunehmenden Verwandlung verkleinbürgerlichter Arbeiteraristokraten in kapitalistische Elemente - dank des angesammelten und kapitalistisch angelegten Vermögens - sprechen wir von der SU als einer verkleinbürgerlichten und immer mehr verbürgerlichenden Verratspartei.

2) Der Widerspruch zwischen den arbeiterbürokratischen Traditionen als Laval und den kapitalistischen Eigeninteressen des bürgerlichen Flügels führt zu Spannungen in der Partei der verräterischen Sozialdemokratie, die bei einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen zu einer Spaltung führen kann.

3) Bezüglich der russischen Stalinbürokratie haben wir deren embryonal-kapitalistischen Flügel nachgewiesen, der auch in den Reihen der Stalinpartei seine Vertreter sitzen hat. Diese neukapitalistischen und getarnt gegenrevolutionäre Fraktion ist ~~KKK~~ heute immer noch schwächer als die reaktionäre zentristisch-bürokratische Fraktion.

4) Der embryonal-kapitalistische Charakter dieser Kräfte ergibt sich aus ihrem auf legalen und illegalen Weg zusammengekauften Vermögen, das zu potenziellem Kapital angewachsen ist und nach kapitalistischer Verwertung in der SU drängt. Der gegenrevolutionäre Charakter entspringt ihrem Interesse, die Reste des Oktobers zu liquidieren. Diese Elemente sind in und um der Stalinbürokratie, in und um der Stalinpartei vorhanden.

5) Infolge der objektiven Auswirkungen der stalinbürokratischen Politik hat die Zahl und der Einfluss dieser neukapitalistischen Kräfte heute einen bedeutenden Grad angenommen und ist weiter ansteigend. Wir können daher von einem Verbürgerlichungsprozess innerhalb der entarteten und Verkleinbürgerlichten Stalinbürokratie und der von dieser beherrschten Stalinpartei Russlands sprechen, solange wir uns dabei immer der verschiedenen Vorzeichen auf Grund der andersgearteten sozialen Struktur der SU bewusst bleiben. Es kann im Gegensatz zu den SP's in den kapitalistischen Ländern, die einen Flügel waschechter Kapitalisten aufweisen, nur von einem Verstärken des Einflusses und der Anzahl von embryonalen Kapitalisten in der russischen Stalinpartei gesprochen werden.

14.12.72

Rob.

Zum "Ortstafelstreit" in Värnten !

1) Welches Gewicht haben die zweisprachigen Ortstafeln im Rahmen der nationalen Frage ?

Wir haben es in Südvärnten mit einer besonderen Erscheinungsform des nationalen ~~XXXXXXXXXX~~ Problems zu tun. Es handelt sich um eine slowenische Minderheit, die gemeinsam mit einer österreichischen Bevölkerungsmehrheit und mit dieser vermischt das Grenzgebiet bewohnt. Die Gemeinden sind zweisprachig, wobei der Anteil der beiden Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ist.

Die entscheidenden Fragen für die Minderheit sind in nationaler Hinsicht die Frage der Amtssprache, die Schule, kulturellen Einrichtungen, das Recht, eigene Zeitungen herauszugeben und Ähnliches. Die zweisprachigen Ortstafeln haben demgegenüber überwiegend formale Bedeutung. Die Värntner Slowenen finden sich in diesem Gebiet auch ohne Ortstafeln, bzw. mit deutschen Ortstafeln zurecht. Ihr einziges Gewicht haben diese Ortstafeln hinsichtlich der sichtbaren regionalen Abgrenzung der zweisprachigen Gebieten von den rein deutschsprachigen. ~~XXXXXXXXXX~~ Tatsächlich wurden jene Teilgebiete, für die die besonderen Rechte der Minderheit gelten, auf gesetzlichem und verordnungs-mäßigem Weg festgelegt und gelten seit 20 Jahren, ohne dass sie durch besondere Ortstafeln ausgewiesen wurden. Die Aufstellung der neuen zweisprachigen Ortstafeln ist von untergeordneter Bedeutung für die nationalen Rechte der slowenischen Minderheit. Es ist auch nicht bekannt, dass die Värntner Slowenen jemals für deren Aufrichtung in irgendeiner Form in den Kampf getreten wären.

Wurden durch diese Ortstafeln die tatsächlichen Rechte der österreichischen Mehrheit in diesen Gemeinden vielleicht beschnitten? Keineswegs. Das wäre der Fall gewesen, wenn plötzlich Slowenisch die alleinige Amtssprache ~~geworden~~ geworden wäre und Ähnliches. Doch davon kann keine Rede sein. Es ist vom Standpunkt der nationalen ~~XXXXXXXXXX~~ Frage lächerlich, wenn in einer Gemeinde, in deren Gemeinderat ganz offiziell deutsch und slowenisch verhandelt wird, zweisprachige Ortstafeln als Vergewaltigung der nationalen Rechte und Gefühle der österreichischen Mehrheit angesehen würden.

2) Wer steckt hinter den Protestaktionen ?

Der Nationalismus ist im niedergehenden Kapitalismus eine durch und durch reaktionäre Ideologie. So sehr er im kapitalistischen Aufstieg der ideologische Hebel des Kampfes für die nationale Einheit und Unabhängigkeit war, so ~~am~~ hat er heute ~~seine~~ seine fortschrittliche Rolle völlig eingebüsst.

Der Dampf der nationalen und rassistischen Vorurteile ist heute der Tummelplatz der Konterrevolutionäre aller Schattierungen. Diese Elemente - von der offen nazistischen NSD über die etwas getarnte FPÖ und deren RFB als auch den Kameradschaftsbünde und der Värntner Heimatdienst - haben in den zweisprachigen Ortstafeln einen Anlass gefunden, um mittels eines Appells an die primitiven Instinkte zu versuchen, Teile der Massen nationalistisch zu verzeihen und vor ihren Konterrev. Warren zu spannen. Es ist einer der Punkte, wo von der Konterrevolution versucht wird, in breiteren Schichten der Bevölkerung Fuss zu fassen. Ihre Argumente liegen auf dem gleichen politischen Niveau wie die Judenwalze, wie die Fremdarbeiterhetze, die Unterdrückung der Neger usw. Es ist kein Zufall, dass Kreis'ly in Klagenfurt mit den Rufen "Judensau" empfangen wurde. Arbeiterverräter - ja, Sau - eventuell, aber ob Jude oder nicht, ist völlig uninteressant.

So wie es momentan in Färnten versucht wird, fängt die nationale Verhetzung an. Wir stellen dem unsere von Marx vor 100 Jahren aufgestellte Lösung: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" entgegen. Wir erkennen im slowenischen Arbeiter unseren Klassenbruder, der genauso wie die österreichischen Arbeiter von den Kapitalisten ausgebeutet wird, wir erkennen im slowenischen Kleinbauer einen kommenden Bündnisgenossen und im slowenischen Kapitalisten den Klassengegner, der viel mehr mit den österreichischen Ausbeutern gemeinsam hat, als mit dem slowenischen Arbeiter. So liegen für uns die Fronten, unabhängig von Sprache und Nation.

3) Welche Rolle spielt die SP, samt der kapitalistischen SP-Regierung.

Sie wagt es nicht, offen gegen diese gegenrevolutionären Tendenzen, die unmittelbar gegen sie selbst, aber grundlegend gegen die österreichische Arbeiterklasse gerichtet sind, vorzugehen. Ihre Stellung dagegen ist weich wie eh und je. Sie weiss um die Ziele der Gegenrevolution, sie weiss, dass es sich beim Hochspielen des Ortstafelstreits um eine Konterrev. Attacke handelt, aber sie versucht zu vertuschen, sie nennt die Sache nicht beim richtigen Namen, um die Arbeiter zu warnen und zum Kampf dagegen zu mobilisieren - Freisky hat nie von Nazis gesprochen - sondern sie verlässt sich darauf, dass in der gegebenen Lage die gegenrev. Saat ohnedies nicht aufgehen wird, da der Boden dafür noch nicht genügend reif ist. Dazu kommt, dass sie selbst versuchen, in den gegenrevolutionären Organisationen mitzumachen - wenn die Bourgeoisie sie lässt. Ihr Linzer Bürgermeister (SP) hat den Kameradschaftsbund vor einem Jahr hochhoffiziell bei einer provokativen Parade in Linz begrüsst und Gegendemonstrationen verurteilt, ihre Organe suchten selbst unterschwellig Ressentiments gegen die ausländischen Arbeiter und beim Verreisen der Massen für kapitalistische Ziele machte und macht Freisky - zB gegen die ÖRR - selbst fleissig mit. Ihr Verhalten fördert objektiv die Gegenrevolution. Wie stark der Bazillus des Nationalismus in der SP-Organisation steckt, zeigt sich in der Ausserung eines sozialburokratischen Bürgermeisters aus dem betroffenen Gebiet, der von sich behauptete, er sei in erster Linie Färntner, dann Österreicher und danach Sozialist. Klarer geht es nicht mehr!

4) Das Verhalten der kapitalistischen Exekutive.

Färnten zeigte einmal mehr das Zusammenspiel zwischen dem staatlichen kapitalistischen Machtapparat und den potenziellen nebenstaatlichen kapitalistischen Machtorganen. Es wurden von Seiten der Kap. Polizei und Gendarmerie keine ernsthaften Versuche unternommen, die Demontage, Beschädigung und Zerstörung der zweisprachigen Ortstafeln - immerhin geheiligtes Staatseigentum - zu verhindern. Selbst dort, wo es vor ihren Augen geschah, dachten sie nicht daran, dagegen einzuschreiten, sondern beschränkten sich auf das Notieren von Autokennzeichen der gegenrevolutionär verrissenen Demonstranten. Auch bei den verbalen und tätlichen Angriffen auf Freisky in Flagenfurt zeichnete sich die KKK Kap. Polizei nicht durch besonders forsches Vorgehen gegen die rechtskapitalistischen Elemente aus. Selbst die bürgerlichen Zeitungen sprachen verschämt von einem angeblichen "Versagen der Ordnungskräfte". Es liegt den prol. Revolutionären nichts ferner, als von der kapitalistischen Staatsgewalt Hilfe oder Schutz gegen die Kap. Konterrevolution zu erwarten. Die Ereignisse beweisen uns nur, wie wenig eine SP-Regierung, an der kapitalistischen Struktur des gegebenen Staatsapparats ändert und dass die Hoffnungen der SP in diesen Staatsapparat als Stütze gegen rechtskapitalist. Tendenzen reine Illusionen sind.

5) Die Ereignisse an der Universität in Wien.

Die gegenrevolutionäre Kräfte bekämpft werden missen, zeigten ansatzweise die Auseinandersetzungen um den Vortrag des PD-Abgeordneten Sorinzi vom vergangenen Donnerstag. Die als Provokation geplante Veranstaltung der Wiener "Burschenschaften" unter eifriger Mitarbeit der NDF, die auch einen Saalschutz stellte, wurde von den linken Studenten gesprengt und die Nazi-Studenten samt ihres NDF-Anhanges hinausgeworfen. Damit wurde nach der Verhinderung der ersten, vor ca. einem Monat geplanten gleichartigen Veranstaltung der Nazis, auch der zweite provokative Angriff dieser Kräfte abgewehrt. Die Aktion stellt einen Teilerfolg dar, errungen auf starker zentristischen Grundlinie der verschiedenen beteiligten Organisationen.

Die Erfahrungen des Kampfes gegen die Kap. Gegenrevolution haben bewiesen, dass auf einer solchen zentristischen Grundlinie zwar Teilerfolge gegen die Konterrevolution, aber keine endgültiger Sieg erkämpft werden kann. Dieser Sieg ist nur durch eine konsequente Überwindung des kapitalistischen Systems möglich. Der Zentrismus ist ausserstande, diese Aufgabe zu erfüllen und es müssen die Anstrengungen dahin gerichtet werden, den Kampf gegen die Kap. Gegenrev. auf prol. revolutionärer Linie zu führen, was ohne einer echten prol. demokratischen Arbeiterpartei, die all diesen Einzelkämpfen die Ausrichtung auf den Sturz des Kapitalismus gibt, nicht möglich ist.

Die Schaffung dieser Partei ist die vordringlichste Aufgabe der Klassenbewussten und fortgeschrittenen Arbeiter.

6) Unsere Lösungen:

Für die volle Berücksichtigung der nationalen Interessen der slowenischen Minderheit in den gemischtsprachigen Gebieten!!! Unterordnung dieses Kampfes unter den Kampf für die proletarischen Klassen- und Lageninteressen sowohl der slowenischen als auch der österreichischen Arbeiter!

Herstellung des Kampfbündnisses mit den Kleinbürgern und Kleinbauern beider Nationalitäten.

Wenn es von der slowenischen Minderheit gewünscht wird, in den zweisprachigen Gebieten auch zweisprachige Ortstafeln aufzustellen, so muss ihnen dieses Recht zugestanden werden!

Kampf gegen das nationale Verreissen im Interesse der kapitalistischen Gegenrevolution! Kampf gegen alle Versuche der konterrevolutionären Organisationen, in den Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten nationale Vorurteile und Zwietracht zu sähen und zu fördern. Allen Tendenzen, die auf die nationale Spaltung von österreichischen und slowenischen Arbeitern hinzielen, stellen wir die Lösung der Solidarisierung der Ausgebeuteten beider Nationen entgegen!

Für die Überwindung aller nationalen Unterschiede im echten Weltsozialismus, Weltkommunismus!

Der wirksamste Schutz gegen die nationale Verhetzung und gegen die kapitalistische Gegenrevolution ist das immer höhere Bewusstsein der Massen, erreicht unter Anleitung und Führung der prol. rev. Partei. Für die Schaffung einer genügend starken Kernes der aufzubauenden Proletarischdemokratischen Arbeiterpartei !!!

7) Nachbemerkungen zur Stellung der Titobürokratie.

Die verräterische Titobürokratie geht an die Frage der slowenischen Minderheit in Österreich nicht vom prol. Standpunkt - wozu sie unfähig ist - sondern vom Standpunkt eines slowenischen Nationalismus heran. Das ist dasselbe reaktionäre Verbrechen an den Unterdrückten wie der österreichische bzw. deutsche Nationalismus, nur unter umgekehrtem Vorzeichen. In Ljubljana organisierte sie eine Demonstration von 60 000 Menschen gegen den "Terror in Österreich", ohne zwischen den österreichischen Arbeitern und den kapitalistischen Gegenrevolutionären richtig zu differenzieren. Die Folge ist eine Vertiefung der Kluft zwischen den ausgebeuteten Massen beider Völker.

Die Titobürokratie - selbst durch und durch nationalistisch - macht das mit voller Absicht. Sie versucht damit von ihren eigenen Nationalitätenkonflikten, ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und bürokratischen Parteiskäuberungen abzulenken. Sie bedient sich der nationalen Probleme in ähnlicher Form wie die Imperialisten:

Um die Massen gegeneinander auszuspielen, sie gegeneinander zu hetzen und um von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken!

Ihre "Sorge" um die Kärntner Slowenen ist reine Heuchelei!

20.12.72

Rob.

Die Entwicklung unserer Org. in den letzten 20 Jahren

1.) Kursübersicht

-c.a.1951 zügiger Aufbau

1951/ 53 Stagnation der org. Entwicklung

1953/ 56 Niedergang, teilweise Zerrüttung.

AusscheideMA 54 Kato, c.a. 56-57 Emil, Verfasser, Heima

Ursachen: sehr rasches Absinken des aktiven Massenwiderstandes nach dem Okt.Streik 1950, teilweise auch die Änderung der unmittelbaren Perspektive (Schlußphase?)

1956/ 59 Schrittweise Konsolidierung,

Fertigstellung des Buches. MAßige Fortschritte in der IP (Jugendzelle). Keine nennenswerten Erfolge in der Außenprop..

1959/ 65 Zügige Fortschritte in der AP und IP

AP: 61 Roman, Dolfi, Christl u.a.m.;

62 Herbert, Robert, Paul;

65 Kurt, Konrad, Gerhard, Artist;

IP: 63 JZ ; 65: 4 Zellen, 8 Kurse

1965 Fall A

1966/ 67 Beginn des Absinkens von Brunos Aktivität

1967 Reorganisation der Z, L (Erna mit Günther, Robert und Paula)

AZ, JZ

Jungen Genossen wird mehr Verantwortung übertragen. Versuch wurde, entscheidend durch intensivere IP die Org. weiter zu bringen

1967/ 69 Konsolidierung

Kunst: Ausarbeitung von Robert und Günther

67 Widerspruch statisch bedingte i. tiefere Differenzen mxxx Robert mit Bruno

68 Verbesserter Widerspruch

Versuche in der AP mit wenig Erfolg: Hans; Klement, Boris, Timor, VDSler, Maoist, Jonny, Gewerkschaftsjugend, TVNjugend

1969/ 70 Höhepunkt der familiären Differenzen bei Bruno

Erfolge in AP: Renate, Graf, Andi, Jan (Rocki)

Differenzen: Volksbegehren, AP, Stellung zu verwandten Org.

1971 Reorganisation der L (Paul; Otto, Christl) Z, AZ, Ende JZ, AB.

Hauptgesichtspunkt: Wesentliche Fortschritte der Gesamtorg. sind nur möglich durch Erfolge in der AP, daher org. Veränderungen, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Differenzen BIngo, Arbeiterregierung, AB, AP allgemein

AP: Ida (Nick)

1972

Äußerste Zuspitzung der Differenzen zwischen Bruno und Rudolf einerseits und Robert, Günther und Paul andererseits. Herausbildung von 2 pol. Gruppierungen, die in fast allen Fragen (mit Ausnahme von Paul in der Nickfrage) aufrecht blieb. Versuch der Erklärung dieser Differenzen seitens Bruno, Rudolf sowohl mit der Möglichkeit des äußersten Opportunismus von Robert, Günther und Paul und durch die Feststellung von pol. Mißtrauens.

AP: Zusammenfassung der jungen Kandidaten im Klub.

Durchschnittsalter der Mitglieder

1958: 39 Jahre (11 : 1)

1968: 46 Jahre (13 : 7)

1971: 48 Jahre (8 : 7)